



POLITIK / KOMMENTAR

Bundesrepublik Deutschland - doppelzünftig ...

(SB) - Wenn es darum geht, Profite zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, ist der deutsche Staat als Sachwalter einheimischer Kapitalfraktionen in vorderster Front mit von der Partie. Das gilt im eigenen Land, wo die Agendapolitik zur Ausbeutung und Zurichtung der Lohnabhängigen und für überflüssig Erklärten den Aufstieg ... (S. 5)

POLITIK / KOMMENTAR

Nichtregierungsorganisation - justiziabler Hinterhalt ...

(SB) - Für externe Politikberatung haben die Regierungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel seit 2006 über 1,2 Milliarden Euro ausgegeben. Matthias Höhn von der Linkspartei wurde diese Zahl als Antwort auf eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung genannt, und er gibt zu bedenken, daß es sich dabei um absolute Mindestangaben handelt, da das Finanzministerium keinen Anspruch auf Vollständigkeit für diese Daten erhebt [1]. Politikberatung ist nicht nur teuer, ihr haftet auch der schlechte Geruch undemokratischer Einflußnahme an. Bei den dafür in Anspruch genommenen ExpertInnen handelt es sich häufig um ... (S. 7)

Flüchtlingspolitik - Halden in der Wüste ...

(SB) 28. März 2019 - Die Europäische Union möchte Flüchtlinge schon weit in ihrem Vorfeld auf afrikanischem Boden zurückweisen. Dort sollen Lager eingerichtet werden, in denen dann entschieden wird, wer in die EU einreisen darf und wer nicht. Die Afrikanische Union lehnt dies ab. Doch nun traf sich die EU mit der Arabischen Liga, und es wird befürchtet, daß mittels der arabischen Staaten in Nordafrika quasi durch die Hintertür die Lager doch noch gebaut werden. Vorbild ist Libyen. Dort sind rund 20.000 Menschen unter elendsten Bedingungen interniert. Berichtet wird von Folter, Vergewaltigungen, Hinrichtungen, Aussetzen von Flüchtlingen in der Wüste und einem Sklavenmarkt. Für diese Art der "Verteidigung ihrer Werte", für die sich die EU gerne rühmt, ist sie unmittelbar verantwortlich, wurde doch Libyen vor sieben Jahren u.a. von den alten Kolonialmächten Frankreich, Großbritannien und Italien bombardiert und in Schutt und Asche gelegt.

Die Befürchtung der Afrikanischen Union, daß die EU via Arabische Liga ihre Ziele einer vorgelagerten Flüchtlingsabwehr doch noch durchsetzen könnte, ist nicht unbegründet. Schließlich

hat sich die EU schon in der Vergangenheit über die Interessen ihrer angeblichen Partner auf Augenhöhe auf dem afrikanischen Kontinent hinweggesetzt.

Auch dafür steht Libyen als Beispiel. In den Tagen und Stunden vor Beginn der Bombardierung Libyens durch die französische Luftwaffe am 19. März 2011 hatte die Afrikanische Union, deren Rat für Frieden und Sicherheit (PSC) eigens ein aus fünf Staatsführern und dem AU-Kommissionspräsidenten zusammengesetztes Gremium zum Libyenkonflikt gebildet hatte, die westlich dominierte Kriegsallianz eindringlich gebeten, keine Flugverbotszone einzurichten und sich jeglicher militärischen Maßnahmen zu enthalten. Man wolle den Konflikt auf diplomatischem Wege lösen. Vergebens. Nicolas Sarkozy, französischer Machthaber und Präsident, innenpolitisch massiv unter Druck, suchte sein Heil in der außenpolitischen Gewaltorgie und befahl den Angriff. Warum er nicht auf die AU gehört hat? Nun, was ist von jemandem zu erwarten, der im Juli 2007 bei einer "Grundsatzrede" in der senegalesischen Hauptstadt Dakar seiner grundsätzlichen Einstellung zu Afrika mit den Worten Ausdruck verlieh:

"Afrikas Drama ist, dass der Afrikaner nicht genug in die Geschichte eingetreten ist. Der afrikanische Bauer kennt nur den ewigen Wiederbeginn der Zeit im Rhythmus der endlosen Wiederholung derselben Gesten und derselben Worte. In dieser Geisteshaltung, wo alles immer wieder anfängt, gibt es Platz weder für das Abenteuer der Menschheit noch für die Idee des Fortschritts. In diesem Universum, wo die Natur alles regelt, entkommt der Mensch der Qual der Geschichte, die den modernen Menschen gefangen hält, und er bleibt regungslos in einer unveränderlichen Ordnung. Nie geht er auf die Zukunft zu. Nie kommt er auf die Idee, aus der Wiederholung auszutreten, um sich ein Schicksal zu erfinden. Dies ist das Problem Afrikas."

*(zitiert nach der "tageszeitung":
<http://www.taz.de/!5197317/>)*

Jener "Konflikt" in Libyen war, wie andere zuvor, übertrieben dargestellt worden. Man wollte ein Feindbild produzieren. Angeblich hatte der damalige libysche Staatsoberhaupt und Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi die eigene Bevölkerung attackiert und sei im Begriff gewesen, einen Völkermord zu verüben. Ignoriert wurde bei dieser Behauptung, daß im Osten Libyens ein bewaffneter Aufstand stattfand, dessen Kämpfer Regierungsstellen angegriffen hatten.

Die "Befreiung" des Landes von der vermeintlichen Gewaltherrschaft Gaddafis bestand nun darin, daß ein Land, das mit die höchsten Lebens- und Sozialstandards in ganz Afrika besaß, in Schutt und Asche gelegt wurde. In Folge der Zerrüttung und instabilen Lage flossen große Mengen an Waffen

von Libyen nach Mali und haben dort einen Aufstand verschärft. Außerdem sickerten Kombattanten aus dem arabischen Raum in Mali ein und übernahmen nach kurzer Zeit von rebellierenden Tuarek die Kontrolle. In Mali herrscht seitdem Bürgerkrieg, die Bundeswehr und andere westliche Streitkräfte befinden sich mittendrin.

Die AU hat also sehr gute Gründe, weswegen sie der Europäischen Union nicht traut und befürchtet, in der Flüchtlingsfrage hintergangen zu werden. Anfang der Woche berichtete Telepolis (<http://www.heise.de/-4317107>) unter Berufung auf die britische Zeitung "Guardian", daß sich die AU auf ein Papier geeinigt hat, das sich gegen die "regionalen Ausschiffungszentren" wendet.

Ob nun die Arabische Liga die von der EU gewünschten Zusagen gemacht hat, geht erwartungsgemäß aus dem gemeinsamen Abschlußdokument nicht hervor. Das bleibt wenig konkret, wenn es unter Punkt 3 unter anderem heißt, daß sich beide Seiten des "Phänomens der Migration" annehmen und verstärken "irreguläre Migration" bekämpfen wollen. Und daß verstärkte Anstrengungen unternommen werden sollen, "um Menschenmenschmuggel zu verhindern und zu bekämpfen". Letzteres könnte somit bedeuten, daß Flüchtlinge aufgehalten werden sollen, und das geht dann nur in Lagern. Und die müssen streng bewacht werden. Denn daß ein Mensch, der womöglich monatelang unterwegs war und sogar die Sahara durchquert hat, um das Mittelmeer zu erreichen, nicht freiwillig wieder umkehrt, nur weil irgendein Polizist ihm das befiehlt, ist nachvollziehbar. Die von der

EU vorgesehenen regionalen Ausschiffungszentren werden niemals den Charakter von Drehscheiben haben, die von den Flüchtenden aufgesucht werden, weil ihnen dort weitergeholfen wird, sondern immer nur den Charakter streng bewachter Haftlager mit geringer Aussicht auf Weiterfahrt. Das ist die logische Konsequenz.

Der ägyptische Machthaber und Präsident Abdel Fattah Al-Sisi, der für die Arabische Liga das erste Gipfeltreffen mit der EU am 24. bis 25. Februar in Sharm-El-Sheikh geleitet hat, lehnt die Bildung von Lagern in "seinem" Land ab. Allerdings hat Ägypten das "Flüchtlingsproblem" auf seine Weise gelöst, so daß aus Al-Sisis Sicht womöglich nicht die Notwendigkeit zur Gründung von EU-Außenlagern besteht. Wobei nicht humanitäre Gründe ausschlaggebendes Motiv für seine Ablehnung sein dürften, denn ein Mensch, der reihenweise seine Artgenossen hinrichten oder in Gefängnisse stecken läßt, weil sie eine andere Meinung haben als er, dürfte nicht von Skrupeln geplagt sein. Al-Sisi hat zur Zeit den Vorsitz der AU-Kommission inne und sitzt damit an einflußreicher Stelle. Womöglich ist das letzte Wort zu Flüchtlingslagern noch nicht gesprochen.

Bisher hat sich die EU nicht von ihrem Konzept zur Einrichtung von Lagern auf afrikanischem Boden distanziert. Lediglich die Begriffe, mit denen solche Einrichtungen beschrieben werden, variieren im Laufe der Zeit. Die Bemühungen der Afrikanischen Union sind verständlich.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2186.html>

Koreakonflikt - der Rückschritt ...

(SB) 28. März 2019 - Vorzeitig und ohne Ergebnis ist heute das zweitägige Gipfeltreffen zwischen Donald Trump und Kim Jong-un in Hanoi zu Ende gegangen. Alle Hoffnungen auf nennenswerte Fortschritte bei den Verhandlungen zur Beilegung des Streits um das nordkoreanische Atomprogramm haben sich zerschlagen. Vor allem in Südkorea, dessen linksliberaler Präsident Moon Jae-in sich seit zwei Jahren unermüdlich für ein Ende der hochgefährlichen Dauerkonfrontation am 38. Breitengrad einsetzt, ist die Enttäuschung über den Ausgang der zweiten Begegnung zwischen dem amtierenden US-Präsidenten und dem nordkoreanischen Staatsratsvorsitzenden riesengroß.

Große Erleichterung, wenn nicht sogar Freude, herrscht dagegen bei den neokonservativen Imperialisten in Washington, die seit Monaten entweder in der amerikanischen Presse am vermeintlich "blauäugigen" Friedenskurs Trumps gegenüber Nordkorea herumrörgeln oder ihn hinter den Kulissen zu torpedieren versuchen. Höhepunkt der bellizistischen Medienkampagne gegen mögliche Zugeständnisse Washingtons gegenüber Pjöngjang war der Gastbeitrag von Susan Rice am 27. Februar in der New York Times, in dem die einstige Nationale Sicherheitsberaterin Barack Obamas in schrillen Tönen vor der vermeintlichen Gefahr warnte, Nordkorea den Status einer Atommacht zuzubilli-

gen. Zu den Kräften, die sich mit nichts anderem als der völligen Unterwerfung Pjöngjangs zufriedengeben wollen und für die wegen der chinesischen und russischen "Gefahr" nicht die minimalste Reduzierung des militärischen Fußabdrucks der US-Streitkräfte in Ostasien in Betracht kommt, gehören Trumps Außenminister Mike Pompeo und sein Nationaler Sicherheitsberater John Bolton. Letzterer hat bekanntlich bereits unter George W. Bush immer wieder die Rolle des außenpolitischen Radaumachers gespielt.

Bereits bei der ersten Begegnung Kims und Trumps in Singapur im vergangenen Juni hatten sich die Nordkoreaner zur "Denuklearisierung" und die Amerikaner zur Aufhebung der schweren Wirtschaftssanktionen gegen das kommunistische Land bereitklärt. Seitdem diskutierten die Chefunterhändler Stephen Biegun und Kim Yong-chol die Frage der "Sequenzierung", will heißen: wieviel Abrüstung gegen wieviel Sanktionsabbau? Die Kriegsfalken in den USA beharren auf den Standpunkt, nur nach der Trennung Nordkoreas von seinem gesamten Atomarsenal könne mit der Sanktionserleichterung begonnen werden. Pjöngjang lehnt eine solche einseitige Lösung kategorisch ab und hat Pompeo im vergangenen Herbst wegen der hartnäckigen Forderung nach Erfüllung der amerikanischen Bedingungen "Mafia-methoden" vorgeworfen.

Im Vorfeld des Treffens in der vietnamesischen Hauptstadt hatten die Südkoreaner die Möglichkeit in Aussicht gestellt, daß Trump und Kim, selbst wenn es zu keinem Durchbruch in der Frage Abrüstung gegen Sanktionsabbau kommen sollte, immerhin den Koreakrieg formell für beendet erklären und die Einrichtung erster diplomatischer Verbindungsbüros in Pjöngjang und Washington beschließen könnten. Am ersten Abend des Gipfels, als die beiden Staatsmänner samt Delegationen zusammen dinierten und sich im Rahmen dessen den Medien präsentierten, war die Stimmung positiv. In seiner ersten Antwort, die Kim jemals auf die Frage eines Journalisten gegeben hat, erklärte er, daß er nicht nach Hanoi gekommen wäre, wenn er nicht zur nuklearen Abrüstung bereit sei. Trump lobte den Friedenswillen des jüngeren Gesprächspartners und verwies auf den von diesem verfügbaren, seit Monaten herrschenden Stopp aller nordkoreanischen Atom- und Rakentests.

Am Vormittag des 28. Februar wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Gegen Mittag ließ man verlauten, am Nachmittag würden die Gespräche nicht fortgesetzt, auch die geplante Pressekonferenz am Abend samt Abschlußkommuniqué sei gestrichen. Was war geschehen? Laut State Department haben die Nordkoreaner die komplette Demontage ihrer wichtigsten Nu-

klearanlage Yongbyon, wo seit Jahren sowohl Uran angereichert als auch Plutonium gewonnen wird, angeboten, dafür im Gegenzug die Aufhebung erster Wirtschaftssanktionen von den USA verlangt. Dazu war Trump nach eigenen Angaben nicht bereit. Das Angebot Kims ging ihm nicht weit genug (bzw. hätte die Militaristen in Washington nicht zufriedengestellt). Während der US-Präsident ein weiteres Treffen nach gründlicherer Vorbereitung nicht ausschließen wollte, hüllten sich Kim und die nordkoreanische Delegation in Schweigen, auch was den Grund für den Abbruch der Gespräche betrifft.

Aus Südkorea kommt eine erste schlüssige Erklärung für das Scheitern des Gipfels von Hanoi. Nach Aussage des ehemaligen südkoreanischen Ministers für Vereinigung, Chong Se-hyun, hat John Bolton den Eklat produziert. Wie man weiß, stand seitens der Amerikaner seit längerem die Forderung nach einer vollständigen Auflistung der Bestände Nordkoreas an spaltbarem Material sowie aller zum Atomprogramm gehörenden Labors samt Werk- und Lagerstätten im Raum. Die Forderung ist extrem heikel, denn die Preisgabe solcher zum Teil hochgeheimen Informationen wäre für diejenigen im Pentagon, die Pläne für einen eventuellen Krieg gegen Nordkorea oder sogenannte chirurgische Angriffe auf die wichtigsten Nuklearanlagen schmieden, ein ungeheurer Erkenntnisgewinn. Vor diesem Hintergrund verschlägt einem die Information Chongs die Sprache, Bolton habe gleich bei der ersten Verhandlungsrunde nicht nur besagte Forderung erhoben, sondern

auch noch von den Nordkoreanern die Auflistung all ihrer Bio- und Chemiewaffenbestände samt den dazugehörigen Produktionsstätten verlangt.

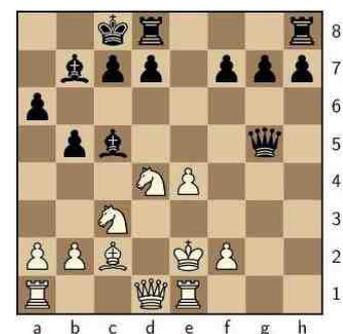
Südkoreas Präsident Moon, der am 1. März den 100. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Koreas dazu nutzen wollte, um weitere Maßnahmen der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Nord und Süd bekanntzugeben, darunter die Wiedereröffnung des gemeinsamen Industrieparks Kaesong nahe der innerkoreanischen Grenze, fühlt sich bestimmt düpiert. Er dürfte vorerst alle Hände voll zu tun haben, sich gegen die zu erwartenden Angriffe der Konservativen Südkoreas, denen die Militärallianz mit den USA über alles geht, zu verteidigen. Ob es Moon gelingt, den koreanischen Friedensprozeß doch wieder in Schwung zu bringen, muß sich erst zeigen. Jedenfalls erinnert das destruktive Verhalten Boltons in Hanoi fatal an das perfide Agieren Richard Perles 1985 in Reykjavik. Auf Island hatte der neokonservative Strippenzieher und damalige Vizeverteidigungsminister der USA den eigenen Präsidenten Ronald Reagan daran gehindert, mit Michail Gorbatschow, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion, die Beseitigung aller Atomwaffen zu beschließen, weil Moskau daran auch den Verzicht Amerikas auf das geplante Raketenabwehrsystem koppeln wollte.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asiae-920.html>

SCHACH - SPHINX

Erfolgreicher Fallensteller

(SB) - Eröffnungsfallen sind eine schwierige Angelegenheit. Durchschaut man sie, ist die Partie auch schon fast hinüber, denn der Fallensteller ging dabei ein hohes Risiko ein. Andererseits bieten sie viel Stoff für taktische Auseinandersetzungen. Läßt sich das Risiko auf ein erträgliches Maß begrenzen, so greifen viele Spieler gerne zu solchen "unlauteren Mittel" zurück. Im heutigen Rätsel der Sphinx wählte der Fernschachmeister Wolfgang Keller mit den schwarzen Steinen auf der Bayerischen Einzelmeisterschaft 1980 in Kitzingen eine sehr abenteuerliche Variante gegen die Spanische Partie des Nürnbergers Herbert Weigel. Als Fernschachspieler hatte Keller tiefe Einblicke gewonnen in die Möglichkeiten dieser in der Theorie als zweifelhaft bekannten Variante. Indes mußte man die genaue Zugfolge einhalten, um die Angriffsbemühungen des Nachziehenden zu durchkreuzen. Weigel war nicht auf den neuesten Stand der Kenntnisse und zahlte für seine Unwissenheit. Die weiße Stellung sah bereits sehr bedenklich aus. Zwei Züge noch, dann brach sie auseinander, Wanderer.



Weigel - Keller
Kitzingen 1980

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Gründlich durchdacht und dann zugeschlagen. Mit 1...Se4xf2! trieb Salazar den weißen König in die Schußlinie seiner Figuren. Nach 2.Kg1xf2 folgte die zweite Pointe mit 2...Te8xe3! 3.Te1xe3 Ta8-e8. Najdorf erkannte nun, daß er nach 4.Kf2-g1 Te8xe3 5.Kg1-h1 La6-e2 sogleich hätte aufgeben können, und ließ sich daher nach 4.La3-c1 Df6xa1 5.Dd1-c2 die dritte Pointe zeigen: 5...La6-d3! Najdorf schwankte und sah, daß er nach 6.Dc2xd3 Da1xc1 7.Sf3-d4 Dc1-b2+ 8.Kf2-f3 Te8xe3+ 9.Dd3xe3 Kg8-f8! verloren stand. Also spielte er 6.Dc2xc6 und wurde wieder bleich, als Salazar mit 6...Te8xe3! den letzten Widerstand von Weiß brach. Najdorf gab sich geschlagen, denn nach 7.Lc1xe3 Da1xa2+ wäre er rasch mattgesetzt worden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06852.html>

*Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Bundesrepublik Deutschland - doppelzüngig ...

Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht.

"Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Rüstungsexport" [1]

(SB) 28. März 2019 - Wenn es darum geht, Profite zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, ist der deutsche Staat als Sachwalter einheimischer Kapitalfraktionen in vorderster Front mit von der Partie. Das gilt im eigenen Land, wo die Agendapolitik zur Ausbeutung und Zurichtung der Lohnabhängigen und für überflüssig Erklärten den Aufstieg der Bundesrepublik zur europäischen Führungsmacht maßgeblich beflügelt hat. Das gilt auch international, hat die Bundesregierung doch den Vereinten Nationen 100 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für den Jemen zugesagt, während dort auch mit deutschen Waffen Krieg geführt wird. Weiß die eine Hand nicht, was die andere tut? Das anzunehmen wäre naiv. Das Kapital fließt dorthin, wo es sich profitträchtig verwerten läßt, ob nun Nahrungsmittel für die Hungernden oder Waffen zu deren Ermordung produziert werden. Die Politik sorgt dafür, daß diese Geschäfte laufen, die Zeche bezahlt und insbesondere die deutsche Staatsräson durchgesetzt wird. Sich in einen Umhang hoher ethischer Werte zu kleiden, der die Hand an der stets geladenen Waffe verbirgt, ist eine Kunst, die man aufgrund der deutschen Geschichte hierzulande besonders gut, doch keineswegs als einzige Täternation versteht. Wer sind die größten Geldgeber der hu-

manitären Hilfe für den Jemen? Ausgerechnet die führenden Aggressoren Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate, die maßgeblich für das millionenfache Elend verantwortlich sind!

Ist von humanitärer Hilfe die Rede, heißt das keineswegs, daß die zugesagten Gelder tatsächlich gezahlt werden und die vorgesehenen Empfänger auch erreichen. Was auf Geberkonferenzen vereinbart wird, sind mehr oder minder fiktive Signale, deren Konsequenzen nur selten überprüft und der öffentlichen Wahrnehmung zugänglich gemacht werden. Welcher Bruchteil der Gelder zu welchem Zeitpunkt eintrifft, wie viele Lebensmittel davon beschafft werden können und wann diese bei den Hungernden ankommen, bleibt in aller Regel unter dem Radar. Würde den Menschen auch in den Industriestaaten bewußt, daß die weltweite Nahrungsproduktion nicht für alle reicht, die beteiligten Institutionen und Organisationen das Elend verwalten und sich die Kernfrage darauf zuspitzt, wer zu wessen Lasten überlebt, läge die Konfrontation mit den gesellschaftlichen Widersprüchen und deren globalen Folgewirkungen unmittelbar auf der Naht.

Seit 2015 tobt der Krieg im Jemen, dem bereits Tausende Zivilisten

zum Opfer gefallen sind. Die Vereinten Nationen sprechen von der schlimmsten humanitären Krise unserer Zeit. Millionen Menschen sind vom Hungertod bedroht, laut UN benötigen 7,4 Millionen Kinder dringend Hilfe, zwölf Prozent mehr als noch vor zwei Jahren. Vereinbarte Waffenstillstände werden immer wieder gebrochen, so daß es sehr schwierig ist, die Menschen in Not zu erreichen. Nach UN-Angaben verhindern Aufständische in Hodeida den Zugang zu großen Getreidebeständen, wobei die Hafenstadt zugleich die wichtigste Lebensader des Jemen ist. Über keinen anderen Hafen kommen mehr Lebensmittel, Medikamente und Treibstoffe in das Land. Ohne Hodeida können die insgesamt zwölf Millionen Menschen, die derzeit dringend der Hilfe bedürfen, nicht versorgt werden. [2]

Die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition verfügt im Unterschied zu ihren Gegnern über Luftstreitkräfte, so daß sie für die Opfer der Bombardierungen wie auch die weitgehende Zerstörung der Infrastruktur verantwortlich ist. Zudem blockiert sie die Häfen und schneidet damit das Land weitgehend von der Versorgung ab. Die Koalition führt also nicht nur einen Angriffskrieg, sondern die humanitäre Katastrophe gezielt herbei. Hat das zur Konsequenz, daß Deutschland zumindest keine Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Jordanien, Ägypten, Bahrain, Kuwait, Katar, Marokko, Sudan und Senegal tätigt, die diesem Bündnis angehören? Das ist keineswegs der Fall, zählen doch Saudi-Arabien und die VAE zu den zehn wichtigsten Empfängerländern deutscher Rüstungsexpor-

te, während Jordanien sogar ein enger Verbündeter in der Region und auch Ägypten ein guter Kunde hiesiger Waffenschmieden ist.

Der Bundesregierung liegen nach eigenen Angaben keine Hinweise vor, daß deutsche Waffentechnologie im Jemen zum Einsatz kommt. Derartige Erzeugnisse lassen sich jedoch im Kriegsgebiet anhand von Fotos und Videos nachweisen, die im Internet etwa auf Twitter, Youtube und Google Earth frei zugänglich sind. Das investigative Rechercheprojekt #GermanArms hat eine Vielzahl solcher Quellen analysiert: Gemeinsam fanden Journalisten der Deutschen Welle, der Zeitschrift "Stern", des ARD-Magazins "report München", des niederländischen Recherchebüros "Lighthouse Reports" und des Investigativ-Netzwerks "Bellingcat" zahlreiche Belege für den Einsatz deutscher Waffensysteme an Land, in der Luft und zur See.

So läßt sich anhand von Satellitenbildern belegen, daß die Emiratis in Deutschland gebaute Kriegsschiffe im Jemen einsetzen. Dabei bedienen sie sich des Hafens Assab in Eritrea, der strategisch günstig an der Meerenge Bab al-Mandab ("Tor der Tränen") liegt. Nur 60 Kilometer trennen Assab von der gegenüberliegenden jemenitischen Küste. Auch Söldner aus dem Sudan werden über den Hafen von Assab in den Jemen gebracht. Möglich macht das ein Abkommen der VAR mit dem Regime Eritreas, das die Nutzung dieses Hafens als Militärbasis gestattet. Auf Bildern sind wiederholt Korvetten vom Typ "Muray Jib" zu sehen, die von der deutschen Firma Lürssen mit Sitz in Bremen gebaut wurden. Zuletzt waren Schiffe dieses Typs

im September 2018 und Februar 2019 im Hafen von Assab zu erkennen.

Ab März 2017 liegt wiederholt auch ein Boot der Frankenthal-Klasse im Hafen von Assab. Zwei dieser deutschen Minenjagdboote hatten die VAR 2006 gekauft. In einem Video des Senders "Al Jazeera" vom Oktober 2017 ist ein Boot der Frankenthal-Klasse im jemenitischen Hafen von Mokha zu sehen, der gegenüber von Assab liegt. Ein weiteres Indiz, daß das Minenjagdboot in Kämpfe verwickelt war, lieferten die Huthis: Sie gaben an, das Boot im Juli 2017 beschossen zu haben und veröffentlichten Bilder des schwer beschädigten Schiffs.

Zudem kommen auch diverse Waffen zum Einsatz, die von mehreren europäischen Ländern gemeinsam produziert wurden und wichtige deutsche Bauteile haben. Das gilt für Kampfflugzeuge der Typen Eurofighter und Tornado, mit denen Luftangriffe geflogen werden. Es fanden sich Belege für den Absturz eines saudischen Tornados im Januar 2018 im Tal Al-Souh im jemenitischen Gebiet Ketaf. Über den Partner Großbritannien lieferte Deutschland auch nach dem Beginn des Jemen-Kriegs Ersatzteile für Tornados an Saudi-Arabien. Indizien fand das Rechercheteam auch für den Einsatz des Tankflugzeugs A330 MRTT des europäischen Airbus-Konzerns.

Im November 2015 wurde in der Nähe der Hafenstadt Aden ein Konvoi der VAR gefilmt, in dem gepanzerte "Oshkoshs" aus US-Produktion deutsche Waffenstationen des Modells "Fewas" tragen, die von Dynamit Nobel De-

fence produziert werden. Darüber hinaus ist in einem Video vom Oktober 2018 ein französischer Leclerc-Kampfpanzer zu sehen, der an den Seiten mit dem zusätzlichen Schutzsystem namens Clara verstärkt ist, das ebenfalls Dynamit Nobel Defence herstellt. Im März 2017 hatte die Bundesregierung der Firma eine Genehmigung für die Ausfuhr von "Reaktivpanzerungen in Form von Modulen" an die Emirate erteilt, auch in diesem Fall lange nach Kriegsbeginn. Ferner sind französische Artilleriegeschütze vom Typ Caesar mit deutschen Unimog-Fahrgestellen und Motoren ausgestattet. [3]

Das alles wäre unmöglich, ginge es nach dem Grundsatz, der seit dem Jahr 2000 in jedem Rüstungsexportbericht zu finden ist: "Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden nur erteilt, wenn zuvor der Endverbleib dieser Güter im Empfängerland sichergestellt ist." Wie das Auswärtige Amt nun erklärte, lägen der Bundesregierung "keine Informationen zu einem Verstoß gegen Endverbleibserklärungen für aus Deutschland ausgeführte Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien oder in die Vereinigten Arabischen Emirate vor". Von deutschen Waffen und deutscher Rüstungstechnologie im Jemen sei ihm nichts bekannt, beteuerte Wirtschaftsminister Peter Altmaier noch vor wenigen Tagen. [4]

Allein im Jahr 2017 wurden den Emiratis Rüstungsausfuhren aus Deutschland im Wert von 214 Millionen Euro genehmigt, den Saudis für 254 Millionen - trotz des Grundsatzes, daß keine Waffen an Länder gehen, die in Kampfhandlungen verwickelt sind. Im Koalitionsvertrag aus dem Februar 2018

erklärten die alten und neuen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD sogar: "Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten." Doch erst nach dem Mord an Jamal Khashoggi im Oktober 2018 wurde ein befristeter Stopp der Exporte an Saudi-Arabien verfügt, der am 9. März auslaufen soll. Die betroffenen Hersteller verweisen darauf, daß sie sich stets im Rahmen der Gesetze bewegt hätten. Die Bundesregierung wollte zu den Rechercheergebnissen von #GermanArms bislang keine Stellung nehmen. Für sie geht es derzeit ganz im Gegenteil darum, bei künftigen gemeinsamen Rüstungsprojekten mit Frankreich die Exportregeln zu lockern. Daß sich Deutschland damit zum Komplizen des massenhaften Mordens im Jemen macht, liegt auf der Strecke des imperialistischen Übergriffs.

Anmerkungen:

[1] www.n-tv.de/wirtschaft/Deutsche-Waffen-werden-im-Jemen-eingesetzt-article20875756.html

[2] www.tagesschau.de/ausland/krieg-im-jemen-103~_origin-1d6d4589-f979-48a9-86b1-8f1257554fb4.html

[3] www.dw.com/de/beweise-für-deutsche-waffen-im-jemen/a-47681315

[4] www.stern.de/politik/ausland/ruestungsexporte--so-fuehrt-uns-die-bundesregierung-an-der-nase-herum-8599490.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1734.html>

POLITIK / KOMMENTAR

Nichtregierungsorganisation - justiziabler Hinterhalt ...

(SB) 28. März 2019 - Für externe Politikberatung haben die Regierungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel seit 2006 über 1,2 Milliarden Euro ausgegeben. Matthias Höhn von der Linkspartei wurde diese Zahl als Antwort auf eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung genannt, und er gibt zu bedenken, daß es sich dabei um absolute Mindestangaben handelt, da das Finanzministerium keinen Anspruch auf Vollständigkeit für diese Daten erhebt [1].

Politikberatung ist nicht nur teuer, ihr haftet auch der schlechte Geruch undemokratischer Einflußnahme an. Bei den dafür in Anspruch genommenen ExpertInnen handelt es sich häufig um Angestellte oder Auftragnehmer privatwirtschaftlicher Beratungsfirmen, deren Credo eher die Staatsferne unternehmerischer Eigenverantwortung ist, als daß sie in besonderer Weise um sozialen Ausgleich bemüht wären. Der neoliberalen Gesellschaftsdoktrin gemäß funktioniert der Staat am besten, wenn er nach Prinzipien der corporate governance aufgestellt ist, und bewältigt seine Aufgaben am effizientesten durch die Anwendung marktwirtschaftlicher Regeln auf zentrale Bereiche gesellschaftlicher Gestaltung wie Sozial- und Bildungspolitik. Die Einschränkung des Solidarprinzips durch die Einführung kapitalgedeckter Renten, die menschenfeindliche Logik maximaler Kosteneffizienz in privatisierten Krankenhäusern, die Auslagerung öffentlicher

Versorgungsleistungen an Privatunternehmen - dies und vieles mehr sind Ergebnisse neoliberaler Politikberatung, die spätestens mit der rotgrünen Regierung in der ersten Dekade tonangebend für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft geworden ist.

Auch jenseits der häufig als intransparent kritisierten Vergabe teurer Beratungsaufträge an transnationale Unternehmen wird nach Kräften auf die Politik Einfluß genommen, so etwa durch die Erhebungen, Evaluationen und Empfehlungen der Bertelsmann Stiftung. Die mit einem Kapital von über 600 Millionen Euro ausgestattete Stiftung hält die Mehrheit der Aktien des Bertelsmann-Konzerns, das als Medienunternehmen mit globaler Reichweite seinerseits über einigen Einfluß auf politische und gesellschaftliche Verhältnisse verfügt. Das den GründerInnen Steuerersparnisse in Millionenhöhe bescherende Stiftungsmodell hat in diesem Fall einen politischen Akteur ersten Ranges hervorgebracht, unter dessen Dach UnternehmerInnen und PolitikerInnen sich die Klinke in die Hand geben und nach dessen verwaltungstechnischen und sozialpolitischen Leitlinien öffentliche Institutionen und Administrationen aller Art strukturiert werden.

Es wäre allerdings auch erstaunlich, wenn in einem Land mit extremer Einkommens- und Vermögenspolarisierung tatsächlich jede Stimme gleiches Gewicht bei der politischen Willensbildung hätte. Verfassungs- und menschenrechtliche Gleichheitsprinzipien mögen den politischen Verkehr erleichtern und die Fensterreden der Repräsentanten po-

litischer Macht verschönern, doch dienen sie in der Eigentumsordnung der kapitalistischen Gesellschaft auch dazu, konkrete Klassenwidersprüche mit hochsymbolischen Mitteln zu befrieden und auszublenden. Dementsprechend wird externe Beratungstätigkeit gerne als technische Expertise verharmlost und als Bearbeitung vermeintlicher Sachzwänge legitimiert, so daß die eminent politische, Klassenantagonismen verschärfenden Wirkung daraus resultierenden Gesetzesinitiativen und Handlungsempfehlungen weitgehend unsichtbar bleibt.

Vor diesem Hintergrund kann die schlußendliche Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Nichtregierungsorganisation Attac durch den Bundesfinanzhof kaum anders denn als Vollzug einer Justiz verstanden werden, der der Erhalt der privatwirtschaftlich organisierten Eigentumsordnung mehr bedeutet als die Herstellung einer sozialen Gerechtigkeit, deren Verwirklichung nicht vor der Überwindung tradiert und etablierter Klassenantagonismen haltmache. Wenn Attac "Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung" [2] vorgeworfen und damit der gemeinnützige Zweck des Engagements ihrer AktivistInnen negiert wird, dann mag das der formaljuristischen Legitimation der Aberkennung des mit der Gemeinnützigkeit verbundenen Steuerprivilegs Genüge tun. Stellt man diesem Urteil jedoch die politische Macht zahlreicher in Industrie- und Finanzkapital verankerter Stiftungen gegenüber, dann zeigt sich, daß die enge Auslegung der Definition von Gemeinnützigkeit in Paragraph 52 der Abgabenord-

nung ebensogut zugunsten von Attac hätte verlaufen können.

Nur zwei Tage nach Bekanntwerden des Urteils des Bundesfinanzhofes hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Steffen Bilger, die Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) unter Berufung auf das Attac betreffende Urteil angezweifelt [3]. Seit Monaten steht die Umwelthilfe im Kreuzfeuer der VerfechterInnen eines motorisierten Individualverkehrs, der sich durch Emissionsgrenzwerte so wenig wie möglich einschränken lassen will. Da die DUH zugunsten der Gesundheit der Bevölkerung, die in Deutschland einer aktuellen Untersuchung zur Folge besonders stark durch verkehrsbedingte Emissionen bedroht ist [4], alle Register des Rechtsstaates zieht, lastet man ihr eine unzulässige Politisierung an, wenn nicht ohnehin gleich zu Verschwörungstheorien gegriffen wird. So wird die an den Pranger deutscher Herenfahrer gestellte Organisation mit eben dem Mittel, dessen mißbräuchliche Anwendung ihr angelastet wird, bedroht und angegriffen. Auf diesem Wege wird der Begriff der Politisierung einem herrschaftsförmigen Bedeutungswandel unterzogen, dessen antidemokratischer Charakter desto weniger auffällt, als die Bezeichnung all jener Menschen, die sich dem Primat der kapitalistischen Verwertungsordnung widersetzen, zur staatstragenden, mithin selbstevidenten Notwendigkeit erhoben wird.

Jenes Ungarn, in dem der im Land gebürtige US-Finanzinvestor George Soros mit kaum verhohlenen antisemitischen Stereotypen der

unlauteren politischen Einmischung durch seine Stiftungen beachtigt wird, scheint nur noch einen Steinwurf weit entfernt zu sein. Wo sich Ministerpräsident Viktor Orban und der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu einig darin sind [5], daß einem Soros, der unter anderem für bedrängte Minderheiten wie die Roma und die Palästinenser eintritt, Einhalt zu gebieten sei, liegt der Griff zu den demagogischen Waffen der antisemitischen und sozialrassistischen Propaganda nahe.

Das ist auch in der Bundesrepublik der Fall, wenn man die Polemik Revue passieren läßt, die in den letzten Monaten auf die Deutsche Umwelthilfe abgefeuert wurde [6]. Hier zeichnen sich soziale Auseinandersetzungen von einer Schärfe ab, die mit dem Bleifuß mancher AutofahrerIn-

nen allein nicht mehr zu erklären ist. Das politische Engagement von Attac firmiert zwar unter dem Stichwort "Globalisierungskritik", doch die erfolgreiche Mobilisierung der NGO für eine kapitalismuskritische Position im Streit für Klimagerechtigkeit könnte den Ausschlag dafür gegeben haben, ihre Handlungsfähigkeit einzuschränken. Wenn etwas für die sozialen Kämpfe der näheren Zukunft relevant ist, dann die Konvergenz von sozialer und ökologischer Frage zu einem Entwurf radikaler gesellschaftlicher Veränderung, die dem galoppierenden Klimawandel vielleicht als einziges überhaupt noch Einhalt gebieten könnte.

Anmerkungen:

[1] <https://www.matthias-hoehn.de/nc/presse/pressemitteilun->

[gen/detail/news/ueber-eine-milliarde-fuer-berater/](https://www.matthias-hoehn.de/nc/presse/pressemitteilun-gen/detail/news/ueber-eine-milliarde-fuer-berater/)

[2] <https://www.attac.de/presse/detailansicht/news/gemeinnuetzigkeit-bundesfinanzhof-verweist-attac-entscheidung-zurueck-nach-kassel/>

[3] https://www.deutschlandfunk.de/nach-attac-urteil-union-stellt-erneut-gemeinnuetzigkeit-der.1939.de.html?drn:news_id=981635

[4] <https://www.heise.de/tp/features/Tod-durch-Atmen-4322349.html>

[5] <https://www.nzz.ch/international/ein-heikler-ungarischer-gast-in-israel-ld.1404667>

[6] <https://www.jungewelt.de/artikel/344742.dieselskandal-am-pranger.html?sstr=deutsche%7Cumwelt-hilfe>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1814.html>

POLITIK / SOZIALES / FRAUEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Costa Rica

Óscar Arias: Ende des Mythos

(*Mexiko-Stadt, 14. Februar 2019, La Jornada*) - In weniger als einer Woche brachen neun Frauen das Schweigen über die sexuellen Übergriffe, die der Friedensnobelpreisträger und ehemalige Präsident Costa Ricas (1986-1990 und 2006-2010), Óscar Arias, begangen haben soll. Die erste, die ihn anklagte, war die Friedensaktivistin Alexandra

Arce von Herold. Sie beschuldigte Arias vor Gericht, sie im Dezember 2014 vergewaltigt zu haben. Ähnliche Vorwürfe kamen unter anderem von drei Journalistinnen, einer Herausgeberin und einer früheren Schönheitskönigin. Sie alle beschuldigten Arias verschiedener Formen des sexuellen Missbrauchs. Yazmín Morales, Miss Costa Ri-

ca 1994, brachte ihren Fall ebenfalls vor Gericht. Erst im August 2018 wurde Arias wegen Amtsmissbrauch während seiner zweiten Amtszeit als Präsident angeklagt. Die derzeitige Klagewelle scheint den Niedergang einer der emblematischsten Figuren der lateinamerikanischen Politik der vergangenen Jahrzehnte einzuläuten.

Im Dienste Washingtons

Der Aufstieg von Arias begann, als er sich im letzten Akt des Kalten Krieges vollständig in den Dienst Washingtons stellte. Er setzte den Neoliberalismus in Costa Rica um und behinderte die Anstrengungen Mexikos, eine politische Lösung für den Bürgerkrieg in El Salvador zu finden sowie die Bemühungen, den US-Interventionismus gegen das sandinistische Regime in Nicaragua auszubremsen. Seine antikommunistische Haltung und seine Unterwürfigkeit gegenüber der Supermacht ermöglichten, dass das Weiße Haus unter Ronald Reagan die Verleihung des Friedensnobelpreises 1987 an Arias in die Wege leitete.

In seiner zweiten Amtszeit stellte er sein Land erneut in den Dienst der USA. Er bot sich als Vermittler nach dem Staatsstreich gegen den honduranischen Präsidenten Manuel Zelaya an. Bei diesem Prozess arbeitete Arias mit daran, dem de facto-Regime Zeit zu verschaffen und die gesellschaftliche Mobilisierung für die Wiedereinsetzung des verfassungsmäßigen Staatsherrn zu zerschlagen. In der aktuellen Konjunktur gehört er zur Gruppe von rechten ehemaligen iberoamerikanischen Präsidenten, wie dem Spanier José María Aznar und dem Mexikaner Felipe Calderón, die sich beeilten, das Putschabenteuer des venezolanischen Abgeordneten Juan Guaidó zu unterstützen.

Männer-Netzwerke, die sich gegenseitig schützen

Die gegen Arias vorgebrachten Anklagen legen die Bereitschaft

der USA und der lateinamerikanischen Eliten offen, einer kleinen Figur - der es völlig an diplomatischen Fähigkeiten und den ihr zugeschriebenen demokratischen Überzeugungen fehlt - als Gegenleistung für ihre Dienste, sie mit einem Helden- und Heiligenschein zu versehen und in den Himmel zu loben. Sie entblößen die Naturalisierung sexueller Gewalt durch mächtige Männer und das noch bis vor kurzem unüberwindliche Netzwerk aus Komplizenschaften, das es diesen Männern ermöglicht hat, völlig straffrei zu handeln. Arce von Herold argumentierte, nicht früher Klage eingereicht zu haben, weil erst jetzt ein "internationaler Kontext der Unterstützung" bestehe. Morales enthüllte, dass bei ihren Klageversuchen ihr drei Anwälte die Hilfe verweigerten. Sie rieten ihr, von der Klage Abstand zu nehmen, da sie den Politiker kennen würden.

Trotz der schmerzhaften Vorgeschichte kann nur begrüßt werden, dass endlich die vielfachen Zwänge aus dem Weg geräumt werden, die das Bekanntwerden sexueller Übergriffe durch mächtige Männer bisher verhindert haben. Nach allen vorliegenden Beweismitteln ist bisher jedoch nur die Spitze des Eisbergs von diesem Übel sichtbar geworden.

Proteste in Costa Rica, Telesur:
https://youtu.be/OeQA_vwf3_E

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/poonal/oscar-arias-ende-des-mythos/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-

Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra774.html>

POLITIK / ERNÄHRUNG

*poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Argentinien - Fokus: SDGs (Nachhaltigkeitsziele)

Gegen den Hunger - Schlagstock oder Salat?

(Buenos Aires, 27. Februar 2019, UTT/poonal) - Am Freitag den 15. Februar siegte die Macht Bilder gegenüber jedem Versuch die Repression der Polizei von Buenos Aires in Worte zu fassen. Bilder von einem Großmütterchen, das Auberginen vom Boden aufklaubte, während bewaffnete Polizisten eine Mauer bildeten, um Petersilie und Co vor dem Verkauf zu "schützen"; von Journalist*innen und landwirtschaftlichen Produzent*innen in Wolken

aus Tränengas und von Lieferwagen der Hauptstadtregierung mit kistenweise beschlagnahmtem Gemüse.

Bilder von einem Markt der besonderen Art, dem Feriazo, wo die krisengebeutelte und verarmte Bevölkerung sich zu sehr günstigen Preisen mit frischem Gemüse versorgen kann, das die Produzent*innen ohne Zwischenhandel in die Stadt bringen. Die Feriazos oder auch Verdurazos (verdura = Gemüse, Anm.d.Ü.), die es schon seit 2016 gibt, sollen laut Stadtregierungen nicht mehr stattfinden, weswegen sie die Genehmigungen für 2019 nicht erneuert hat.

*

Interview mit dem Koordinator der Gewerkschaft der Landarbeiter UTT

Nahuel Levaggi, landesweiter Koordinator der Gewerkschaft der Landarbeiter UTT (Unión de Trabajadores de la Tierra) macht seinen Mate fertig und steht dann für ein Interview zu den Feriazos und dem sozialen Aufruhr vom 15. Februar, der sich dank der Basismedien und den sozialen Netzwerken schnell weiterverbreitet hat, zur Verfügung.

Welche Bilder von der Repression und den Auswirkungen sind dir, einige Tage nach dem letzten Feriazo, im Kopf geblieben?

Es kam zu einem Zusammenstoß, der nicht unbedingt geplant war, zwischen zwei konträren Modellen. Wir wussten, dass es zu Spannungen kommen würde, aber niemals haben wir damit gerechnet. Was wir erlebt haben,

war ein Streit um den öffentlichen Raum und darum, welches der beiden Modelle sich durchsetzt. Für uns ist der öffentliche Raum ein sozialer Raum, es ist nicht nur ein Platz. Der letzte Feriazo auf der Plaza Constitución war ein Wendepunkt für die Gesellschaft, für alle. Es übersteigt uns komplett, was passiert ist, weil wir verstehen, dass es die sehr legitimen Fragen auf den Punkt gebracht hat und dass sie die Barriere der politischen Militanz, der Organisationen und des Protests durchdringen. Das ist der Weg, den wir seit Jahren aufbauen und der darin besteht zu den Massen zu sprechen, zur Gesamtheit der Gesellschaft.

Welche Bilanz zieht ihr als Organisation?

Leider wurden wir durch Repression sichtbarer. Auf den Feriazos treffen die Notwendigkeiten der Produzent*innen und die der Konsument*innen zusammen, also der Bevölkerung die Hunger hat. Und diese Einheit ist unfehlbar. Ich kenne nichts vergleichbares. Hier gibt es nur einen Kampf, mein Problem und deines, und wir tun uns zusammen und lösen es gemeinsam hier auf dem Platz, sichtbar für alle. Ich glaube das ist es, was die Regierung stört. Leider haben wir gelernt, dass wir uns gegenüber der staatlichen Gewalt besser organisieren müssen. Wir waren nicht auf so eine Repression vorbereitet, wir haben nicht damit gerechnet, dass so etwas passieren würde. Das Gute ist, dass wir gelernt haben, dass man vertrauen muss und solche Instanzen aufbauen muss, mit denen sich die Bevölkerung identifizieren kann.

Wie haben die öffentlichen Aktionen der Feriazos angefangen?

Im April 2016 haben wir den ersten Streik durchgeführt, zwei Tage haben wir kein Gemüse geerntet. Das war wichtig, denn die UTT ist von 400 Genoss*innen auf tausende angestiegen. Der Streik war innerhalb des Sektors bekannt, aber er ist nicht durchgedrungen. Später, als die Mittel sich verschärften und ein weiterer Streik diskutiert wurde, haben wir Nein gesagt. Denn wenn wir streiken, wird das Gemüse teurer, weil es weniger gibt, also kann nur der Reiche, nicht aber der Arme kaufen. Wir müssen nicht unterversorgen, wir müssen versorgen und deswegen haben wir den ersten Verdurazo im September 2016 gemacht und der ist explodiert. Wir gingen hin und verschenkten Gemüse an die Bevölkerung. So haben wir an Konsens und Rückhalt gewonnen. Wir wissen, dass man kreativ sein muss und von den traditionellen Protestformen Abstand nehmen muss, deswegen sind die Feriazos mit den sehr günstigen Preisen entstanden. Und auf dem Markt in Constitución haben wir die soziale Funktion der Lebensmittelproduzent*innen erkannt, dass wir eine fundamentale Rolle in der Gesellschaft haben und das gibt uns eine enorme Macht, die Macht des Essens. Und die haben die kleinen Produzent*innen und nicht die großen landwirtschaftlichen Unternehmerverbände. Die teilen nur das Soja unter sich auf, und das interessiert niemanden (der Hunger hat, Anm.d.Ü.). Und diese Macht müssen wir für eine echte Transformation nutzen, nicht für Wahlspekulationen.

Wie geht es in Zukunft weiter?

Am 27. Februar gibt es landesweit Feriazos in verschiedenen Provinzen und auch in der Hauptstadt auf der Plaza de Mayo. Wir möchten eine große städtische Bewegung lostreten und nutzen, dass Millionen die Bilder vom letzten Feriazo gesehen haben. Und wir wünschen uns, dass sich das in einer großen Partizipation der Leute - nicht der Organisationen - ausdrückt. Ohne Bühnen, aber mit Tausenden vor Ort. Wir müssen erreichen, dass die stille Masse, die sich nur auf facebook äußert, sich aufgefordert fühlt zu sagen 'da muss ich mit dabei sein, am 27. Februar gehen wir auf die Straße'. Wir sorgen für Aktionen in 16 Provinzen und werden die Plaza de Mayo füllen, aber der Erfolg wird darin bestehen, dass es uns dieses Mal nicht übersteigt.

Worum geht es bei dem Forum, dass ihr für April plant?

Wir laden zu einem Forum zum Aufbau eines Populären Landwirtschaftsprogramm, denn wir sehen unsere Aufgabe heute nicht darin, über Kandidat*inenn zu diskutieren, sondern über Weisungen, Programme und öffentliche Politik. Wir machen einen Vorschlag und wenn jemand kommt und ihn aufgreift, gut. Wir verteidigen ihn auf der Straße. Das stärkt die Macht der Bevölkerung deutlich nachhaltiger, als eine Kampagne für eine*n Kandidat*in. Im April werden wir dieses Forum machen, zwei Tage lang in Ferro und es wird damit enden, dass die Kandidat*innen kommen, die wollen, um ihnen zu sagen: "Das ist das Programm und das ist die Bevölkerung, die es verteidigen wird." Jetzt ist der Moment der Stärke gekommen und diese Macht, die wir aufge-

baut haben, wollen wir nicht nur innerhalb des Sektors einsetzen, sondern wir wollen weitergehen. Wir haben uns nie öffentlich zu Themen geäußert, die über unseren Bereich hinausgehen. Vor einiger Zeit haben wir angefangen über die Agroökologie zu sprechen und über die Probleme, die das aktuelle Landwirtschaftsmodell mit sich bringt. Aber bei dem letzten Feriazo hat sich die Stimme der Bevölkerung erhoben, der es momentan schlecht geht und die Hunger hat. Es ist doch so: Gegen den Hunger - den Schlagstock oder den Salat. Das entscheidest du.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/gegen-den-hunger-schlagstock-oder-salat/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ernaehr/perf0060.html>

EUROPOOL / POLITIK

*Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin*

Alles muss raus - großer Ausverkauf (in Österreichs Asyl- und Menschenrecht)

*Von Robert Manoutschehri,
Unsere Zeitung,
27. Februar 2019*

Weg mit Erstaufnahmezentren, stattdessen Ausreise-Zentren. "Konzentrierte Lagerung" (jetzt als zentrale Unterbringung betitelt), sowie Sicherungshaft, Gefährdungsprognosen und eine 20-tägige Rückkehrberatung statt unabhängiger Rechtsvertretung sollen eine ordentliche Asylrechts-Prüfung ersetzen. Eine Bundesbetreuungsagentur werde außerdem dafür sorgen, dass es weniger Beschwerdefälle in erster Instanz gäbe. Auch eine Aberkennung des Asylstatus bei Straftaten soll bis auf EU-Ebene durchgesetzt werden.

Dies und Ähnliches bislang Undenkbare präsentierte Österreichs Innenminister Herbert Kickl heute mit dem neuen Asylpaket von Schwarz-Blau. Gegossen in einen 5-Punkte-Plan, der sich wie eine Liste jener völker- und menschenrechtswidrigen Maßnahmen liest, die EU-weit schon in Ungarn und anderen Ländern zu schwerer Kritik bis hin zu Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof geführt haben.

Nichtsdestotrotz soll diese Verschärfung der Verschärfung der Verschärfung der Asylpolitik - auf welchem schleierhaft-antidemokratischen Wegen auch immer, denn einiges würde einer Verfas-

sungsänderung bedürfen - zu geltendem Recht erklärt werden, das bereits ab März in Kraft treten soll. Sollte dies gelingen und tatsächlich so eingeführt werden, entfernt sich Österreich auch im Bereich der Migrations- und Asyl-Politik endgültig von den gemeinsamen Zielen der EU-Staatengemeinschaft.

Reaktionen: "Die Regierung tanzt am Abgrund der Demokratie"

"Österreich befindet sich am Weg zum autoritären Staat - eine Sicherungshaft ohne gerichtliche Anordnung, ein Militärbefugnisgesetz, das den Datenschutz aushebelt, die Zerschlagung des Verfassungsschutzes, eine NS-Meldestelle, die keine Kapazitäten hat, allen Hinweisen nachzugehen und die nächste Verschärfung des Asylrechts - all diese Entwicklungen und Ankündigungen zeigen, dass die türkis-blaue Regierung in rasantem Tempo daran arbeitet, demokratische Grundrechte in Österreich abzuschaffen", so die Grüne Demokratiesprecherin Ewa Dziedzic in einer Aussendung.

Aber nicht nur für die Grünen sind die geplanten Gesetzesänderungen ein Schritt in Richtung eines autoritären Staates. Zur Ankündigung, Traiskirchen als Ausreisezentrum zu etablieren, meinte Andreas Babler, Bürgermeister von Traiskirchen: "Vielleicht sollte der Innenminister endlich eine seiner Kernaufgaben, nämlich ein geregeltes und rechtsstaatliches Erstaufnahmesystem, das in Österreich nach wie vor fehlt, in Umsetzung bringen. Hier ist Kickl bis jetzt, genauso wie

seine Amtsvorgängerinnen und Amtsvorgänger, kläglich gescheitert."

Und weiters: "Was Kickl hier ankündigt, bedeutet einen radikalen Angriff auf unsere rechtsstaatlichen Prinzipien, egal ob es Internierung, Sicherungshaft oder sonst wie genannt wird. Dieses Vorgehen ist grundsätzlich abzulehnen. Menschen, egal ob Österreicher oder Flüchtende, auf Verdacht einzusperren, ohne dass sie ein Verbrechen begangen haben, ist in einer entwickelten Demokratie wie unserer, nicht nur ein Tabubruch, sondern für mich ein derber Anschlag auf unser geregeltes österreichisches Rechtssystem."

Scharfe Kritik auch von Alma Zadic, sicherheitspolitische Sprecherin von der Liste Jetzt: "Der Innenminister entwickelt sich immer mehr zu einem Gefährder unseres österreichischen Rechtsstaats und unserer Verfassung. Am liebsten würde er an den Richtern vorbei selbst entscheiden, wen er einsperrt. Die

Kickl'sche Präventivhaft öffnet somit Tür und Tor für Missbrauch und Willkür. Die Entwicklungen zu einem autoritären Unrechtsstaat werden wir mit Sicherheit nicht mittragen", so Zadic in einer Aussendung.

Erstveröffentlicht bei:
<https://www.unsere-zeitung.at/2019/02/25/alles-muss-raus-grosser-ausverkauf-in-oesterreichs-asyl-und-menschenrecht/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:
Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-oe0004.html>

EUROPOOL / POLITIK / ÖSTERREICH

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Nicht wegschauen: Über 100 kenntnisreiche Begutachtungen zu Problemen und Folgen des Sozialhilfegesetzes in Österreich

von www.armutskonferenz.at, 27. Februar 2019

Genau hinschauen: Vorliegendes Sozialhilfegesetz macht uns zu Bittstellern, wenn wir in soziale Not kommen - statt Existenz und Chancen zu sichern.

"Wegschauen hilft nicht", weist die Armutskonferenz auf die über hundert kenntnisreichen und genauen Begutachtungen der vorgelegten Sozialhilfe hin. Die in der Armutskon-

ferenz zusammengeschlossenen Initiativen begleiten und betreuen 500.000 Menschen im Jahr. "Wir wissen, was Maßnahmen anrichten können. Im Alltag. Konkret. Real." Wohnungslosenhilfe Vorarlberg, Schuldenberatungen, Frauenhäuser, Österreichischer Behindertenrat, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit, Caritas, Diakonie, Dowas Innsbruck, InterACT und Menschen mit Armutserfahrungen, Katholischer Familienverband, Samariterbund, Lebenshilfe, Mädchen- und Frauenberatungsstellen, Wohnungslosenhilfe NÖ, NEUSTART, pro mente austria, Rotes Kreuz, SOS Kinderdorf, Volkshilfe, Vertretungsnetz und viele mehr weisen auf große Probleme und negative Folgen des Entwurfs hin:

Besonders problematisch ist der Wegfall der Vorgabe, dass Entscheidungen am Amt maximal drei Monate dauern dürfen. So wird Soforthilfe unmöglich und Ämterwillkür Tür und Tor geöffnet. Auch die Verpflichtung, schriftliche Bescheide auszustellen, ist gestrichen.

- Die alte Sozialhilfe ist zurück, aber schlimmer und in Zukunft nach Bundesland zerstückelter als sie es je war. So ist keine Vereinheitlichung möglich.

- Es gibt keine Mindeststandards mehr, sondern nach unten ungesicherte Kann-Leistungen. Die Leistungshöhen, das Wohnen, Hilfen für alleinerziehende Eltern und Menschen mit Beeinträchtigungen - all das sind "Kann"-Bestimmungen.

- In der Zusammenschau mit der Beschneidung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung (Ar-

beitslosengeld und Notstandshilfe) bedeutet das, dass stärker sozialstaatliche, statussichernde Leistungen in mehr "almosenhafte", paternalistische Fürsorge überführt werden.

- Eine Fürsorgeleistung mit weniger Rechten und großen Vollzugs-Spielräumen ist auch immer stärker mit Stigmatisierung und Abwertung verbunden. Soziale Rechte haben viel mit Würde zu tun.

- Eine Deckelung der möglichen zusätzlichen Leistungen für das Wohnen. Selbst bei Ausschöpfung der vorgesehenen maximalen Überschreitung um 30 % des Wohnkostenbeitrags deckt das nicht die realen Wohnkosten in Teilen Österreichs, besonders in den Städten, ab.

- Zusätzlich gibt es einen generellen Deckel, der für alle Erwachsenen im Haushalt gilt und Menschen mit Behinderungen oder pflegende Angehörige treffen kann.

- Die Regelung, dass Personen nur bei vor dem 18. Geburtstag begonnenen Ausbildungen unterstützt werden, verunmöglicht eine nachhaltige Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe. Tirol beispielsweise ermöglicht Ausbildungen bis zur Höhe des Pflichtschulabschlusses bzw einer Lehre darüber hinaus.

- Regress und verschärfter Unterhalt in allen Bundesländern werden möglich.

- Krankenversicherung ist nicht im Gesetz verankert.

- Die Deckelung der Leistung innerhalb einer Wohngemeinschaft wirkt existenzgefährdend. Im Bereich Menschen mit Behinderung und auch der Wohnungslosenhilfe werden Plätze in Wohngemeinschaften angeboten, um Selbständigkeit zu ermöglichen und för-

derliche sozialtherapeutische Angebote zu schaffen.

- In bestimmten Fällen kann die direkte Überweisung beispielsweise der Miete sinnvoll sein, z.B. bei einer Suchterkrankung oder einer psychischen Krise - aber als zu begründende Ausnahme, wie es in der jetzigen Mindestsicherung auch geregelt ist. Pauschal angeordnete Sachleistungen hingegen bedeuten weniger Selbständigkeit. Zum einen stellt es eine Entmündigung von armutsbetroffenen Personen dar. Zum anderen kann es für viele eine starke Stigmatisierung bedeuten, da der Vermieter somit erfährt, dass sein Mieter Sozialhilfe bezieht.

Starke negative Effekte werden bei der Wohnsituation sichtbar, wissen wir aus den aktuellen Daten der Statistik Austria (2018). Viele können ihre Wohnung nicht im Winter heizen, müssen unter desolaten Wohnbedingungen leben (doppelt so oft von feuchter Wohnung betroffen, fünfmal öfter Überbelag, dreimal öfter dunkle Räume). Massiv sind die Auswirkungen auf Gesundheit, Chancen und Teilhabe bei Kindern. Die Gefahr des sozialen Ausschlusses bei Kindern zeigt sich in den geringeren Möglichkeiten Freunde einzuladen (10mal weniger als andere Kinder), Feste zu feiern und an kostenpflichtigen Schulaktivitäten teilzunehmen (20mal weniger). Es finden sich keine Maßnahmen in der vorgelegten Sozialhilfe, die die Situation verbessern würden, eher im Gegenteil, so die Armutskonferenz abschließend.

Eine Sammlung von ausführlichen Begutachtungen zur vorgelegten "Sozialhilfe" von Mit-

gliedsorganisationen und ExpertenInnen der Armutskonferenz:
<http://www.armutskonferenz.at/aktivitaeten/mindestsicherungs-monitoring/stellungnahmen-sozialhilfe-grundsatzgesetz.html>

Im Podcast ausführlich nachhören, welche Probleme das neue Sozialhilfegesetz schafft:
<https://armutskonferenz.podigee.io/2-stellungnahmensozialhilfegrundsatzgesetz>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-oe0005.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

EUROPOOL / REDAKTION / PARTEIEN

Brexit -

Krebsgang der Geschichte ...

(SB) 28. März 2019 - Bereits jetzt macht in Großbritannien die Rede von Theresa May als schlechteste Premierministerin aller Zeiten die Runde. Das hat einen einfachen Grund. Nach dem Einzug in Number 10 Downing Street im Sommer 2016, nach dem plötzlichen Rücktritt David Camerons in Reaktion auf das überraschende Votum einer Mehrheit der britischen Bürger für den Austritt aus der EU, hat sich May auf einen "harten Brexit" festgelegt und damit dem Verbleib des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Zollunion und Binnenmarkt eine kategorische Absage erteilt. Im März 2017 hat sie voreilig Artikel 50 des Lissaboner Vertrags und damit das Austrittsdatum 29. März 2019 aktiviert. Beim unnötigen Versuch, zusätzliche öffentliche Unterstützung für ihren wenig kompromißbereiten Kurs bei den Verhandlungen mit der EU zu erhalten, hat die Chefin der konservativen Partei für jenen Mai vorzeitige Neuwahlen anberaumt, sich dabei politisch total verkalkuliert und am Ende die absolute Mehrheit im Unterhaus, die sie von Cameron geerbt hatte, verspielt.

Dadurch sah sich May im Juni 2017 gezwungen, für eine Milliarde Pfund zusätzlicher Subventionen für Nordirland die Stimmen der zehn Unterhausabge-

ordneten der dortigen, reaktionär-protestantischen Democratic Unionist Party zu kaufen. Seitdem bemüht sich die Tory-Vorsitzende vergeblich, mit Brüssel einen Deal auszuhandeln, der DUP und ihre euroskeptischen Freunde bei der einflußreichen European Research Group (ERG) innerhalb der konservativen Partei zufriedenstellt. ERG und DUP insistieren auf den Austritt aus Zollunion und Binnenmarkt und wollen partout nicht einsehen, daß eine solche Situation unweigerlich zu einer harten Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland führen muß. Damit wäre Großbritannien im Sinne der von London im Rahmen des Karfreitagsabkommens von 1998 gemachten Zusicherungen vertragsbrüchig geworden. Um jenes Szenario einschließlich eines Wiederaufflammens des Nordirlandkonflikts zu vermeiden, beharren die EU-27 auf den sogenannten Backstop, den Brüssels im Dezember 2018 als Teil eines Austrittsvertrags mit May ausgehandelt hat.

Ende Januar hat May beim Votum über ihren Brexit-Deal die mit Abstand schwerste Niederlage in der parlamentarischen Geschichte Großbritanniens erlitten. Dagegen votierten nicht nur die gesamte Opposition aus Sozialdemokraten, Liberaldemokraten und schottischen Na-

tionalisten, weil das Verhandlungsergebnis das Vereinigte Königreich zu stark von der EU distanziert, sondern auch die DUP-10 sowie rund 130 Tory-Rebellen, letztere um ihren Protest gegen den Backstop zu demonstrieren. Die harten Brexiteers befürchten, nicht ganz zu Unrecht, daß der Backstop entweder Nordirland enger an die Republik Irland binden oder das Vereinigte Königreich als ganzes dauerhaft in der Zollunion mit der EU behält. Seit Anfang Februar treten die von May erbetenen Nachverhandlungen zwischen London und Brüssel auf der Stelle. London verlangt Zugeständnisse von Brüssel, doch die EU-27 sehen sich dazu nicht veranlaßt, weil die britische Regierungschefin ihnen im Gegenzug nicht garantieren kann, dafür im Palast von Westminster eine Mehrheit dafür zu bekommen. In Brüssel und den anderen europäischen Hauptstädten nimmt niemand May mehr ernst, weil sie sich seit mehr als zwei Jahren weigert, das Wohl des Landes über das der eigenen Partei zu stellen und endlich die ERG in ihre Schranken zu weisen, selbst auf die Gefahr hin, daß dies die Tories spaltet.

In weiten Teilen Großbritanniens und Nordirlands macht sich inzwischen Angst breit, May spiele auf Zeit, damit in den wenigen verbliebenen Wochen keine Einigung mit Brüssel zustande kommt und das Vereinigte Königreich Ende März doch noch in den ungeordneten EU-Austritt hineintaumelt. Offiziellen Schätzungen zufolge wären verheerende Auswirkungen zu erwarten, darunter Lebensmittelknappheit und ein Einbruch

der Leistung der britischen Volkswirtschaft um sechs bis neun Prozent für mindestens die nächsten 15 Jahre. Die zunehmende Panikstimmung hat dazu geführt, daß am 11. Februar sieben Abgeordnete aus der Labour-Partei ausgetreten sind, um eine neue politische Gruppierung zu bilden. Bei den sieben Politikern handelt es sich allesamt um ausgesprochene Gegner von Jeremy Corbyn, die dem Labour-Vorsitzenden ständig vorwerfen, erstens nicht genug gegen die Brexit-Pläne Mays zu unternehmen und zweitens zu israel-kritisch und pro-palästinensisch zu sein. Am 12. Februar schlossen sich drei konservative Hinterbänkler der neuen "Independent Group" an und begründeten ihre Entscheidung mit dem Chaos-Kurs Mays in Sachen Brexit.

Die Austrittswelle hat sich seitdem sowohl bei Labour als auch bei den Konservativen fortgesetzt. Corbyn hat als erster darauf reagiert und sich endlich zur Abhaltung einer zweiten Volksbefragung zum Thema EU-Austritt durchgerungen. Erst nachdem May parteiintern mit einem Aufstand von bis zu zwei Dutzend Ministern gedroht wurde, hat die Premierministerin eingelenkt. Laut einer Stellungnahme Mays vom 26. Februar soll das Unterhaus am 12. März über den Withdrawal Deal mit Brüssel - von dem niemand erwartet, daß es bis dahin essentielle Veränderungen am Backstop enthalten wird - abstimmen. Erhält die Vereinbarung keine Mehrheit, womit alle Beobachter rechnen, soll am darauffolgenden Tag über den ungeordneten Austritt, den No-Deal-Brexit, abgestimmt

werden. Davon ausgehend, daß dafür niemand außer der kleinen Minderheit der englischen Anti-EU-Fanatiker bei den Tories stimmen wird, soll am 14. März das Unterhaus über eine Verschiebung des Austrittsdatums beraten und entscheiden.

Während May für eine Verlängerung der Frist, um den Brexit unter Dach und Fach zu bekommen, von lediglich drei Monaten plädiert, insistieren die Sachkundigen wegen der Komplexität der Materie auf 21 Monate, also bis Ende 2021. Doch bereits jetzt droht Frankreich mit einem Veto. Präsident Emmanuel Macron macht eine Verschiebung des Austrittsdatums davon abhängig, daß die politischen Akteure an der Themse endlich ihre Dauerquerelen beenden und sich auf eine Position einigen, die mehrheitsfähig ist und mit der man in Brüssel etwas anfangen kann. Vieles deutet darauf hin, daß die Mehrheit im Unterhaus rechtzeitig die Notbremse zieht, um den No-Deal-Brexit doch noch zu vermeiden und das Austrittsdatum zu verschieben. Sollte dieser Kraftakt gelingen, werden die Karten sicherlich neu gemischt. Mit Neuwahlen und eventuell einer zweiten Abstimmung über Austritt oder Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU ist zu rechnen. Bis Theresa May und ihr Mann die Möbelpacker in die Downing Street bestellen, dauert es sicherlich nicht mehr lange.

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/redakt/prtn-373.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Milagro Sala: "Ich bereue nichts"

von Mariano Quiroga, 27. Februar 2019



Milagro Sala, politische Gefangene in El Carmen, Jujuy
Bild: © Mariano Quiroga

San Salvador de Jujuy, Argentinien - 27.02.2019. Auf Einladung der Organisatoren von Jallalla de Mujeres 2018 hin begann ich das Abenteuer meiner Reise nach Jujuy, um mich mit Mitgliedern von Tupac Amaru sowie der vielen Komitees für die Freiheit von Milagro Sala aus dem ganzen Land zu treffen und auszutauschen.

Ziel des Frauentreffens war es, alle politischen Gefangenen in Jujuy zu besuchen, Graciela López, Mirta Guerrero, Beto Car-

dozo, Gladys Díaz, Javier Nieva und Mirta Aizama, und zudem auch, sich dem Gebäude zu nähern, in dem Milagro Sala und Raúl Noro in der Stadt El Carmen als politische Gefangene unter Hausarrest stehen. Es gab eine Radioübertragung, in der wir Anwesende den Referenten von Tupac die Gründe erläutern konnten, die uns veranlasst haben, ihnen unsere Unterstützung und Solidarität zu bekunden. Und wir konnten ihnen unseren Willen bekräftigen, weiter zu kämpfen, um die politischen Gefangenen aus dieser ungerechten und willkürlichen Inhaftierung zu befreien.

Unsere Reise begann im Hauptsitz der Tupac in Buenos Aires, von dort aus stiegen wir in einem Bus voll mit Sachspenden für die Menschen in Jujuy und mit Zelten, in denen wir später in der Nähe des "Heimgefängnisses" von Milagro lagern würden.

Frauen jeden Alters und unterschiedlicher politischer und ideologischer Strömungen nahmen im Bus Platz. Viele kannten sich von früheren Aktionen, aber für die meisten war es die erste Reise, um die Freiheit der Leiterin der Tupac Amaru zu fordern.

Von Rosario, Córdoba, Tucumán, Santiago del Estero, Río Negro

und Salta aus kamen weitere Frauen, einige in Begleitung ihrer Partner, zu dieser Reisegesellschaft voll festlicher Atmosphäre und sozialen Engagement hinzu.

El Carmen

Nach einer Nacht mit Tanz, gemeinsamem Essen und Kameradschaft machten wir uns früh am Morgen auf den Weg zu dem Haus, in dem Tupac Amaru die Eröffnung eines Rehabilitationszentrums für Drogenabhängige geplant hatte, das aber von den Schergen des Vizekönigs Gerardo Morales (Gouverneur der Provinz Jujuy, Anm.d.Ü.) zerstört worden war und das in Rekordzeit wieder aufgebaut wurde, so dass es nach Lust und Laune des Richters Pullen Llermanos als Heimgefängnis für Milagro genutzt werden konnte.

Als wir den unbefestigten Weg hinauffuhren, der zum Haus führt, und dabei Lieder für Milagos Freiheit sangen, sahen wir sie schon hinter der Mauer auf uns warten, wo die Polizei von Jujuy Stacheldrahtzaun gespannt hat, der das Gebäude in ein Gefängnis verwandelt. Eine Polizeikolonnie mit Gewehren und Polizisten zu Pferd vervollständigte das Bild des Lagers, das die Gendarmerie an der Straße zum Haus errichtet hatte.

An der Seite von Milagro stand Raúl Noro, unermüdlicher Begleiter der sozialen Leiterin und geistige Stütze in Momenten der größten Krise von "La Flaca", wie Milagro in Jujuy genannt wird. Auch ihre Kinder, Sergio und Claudia, waren dabei.

Indigene Frauen dankten Milagro dafür, dass sie durch sie wieder "existieren" konnten, und dafür, ihnen die Möglichkeit gegeben zu haben, Rechte zu erlangen, die ihnen zuvor immer verweigert worden waren. Sie verurteilten die Arroganz der Familie Blanquier und beschuldigten Gerardo Morales, der mächtigsten Familie in Jujuy zu dienen.

Die Worte waren tröstend und der positiver Zuspruch kam aus allen Ecken Argentiniens. Milagro dankte einem nach dem anderen und nachdem sie mehr als 50 Personen angehört hatte, begann sie ihre Rede mit fester Stimme.

"Diese Leute in Uniform gehorchen den Befehlen, aber sie sind genauso bedroht wie ihr", sagte sie, und "sie müssen sich unserem Kampf anschließen". Sie sprach zu uns, aber auch zu ihnen, und erinnerte sie daran, dass wir alle im gleichen Boot sitzen und dass sie eines Tages "ihre Helme abnehmen und mit uns marschieren müssen, wie es kürzlich in Frankreich geschehen ist".

Sala bat die Anwesenden, ihre Botschaft zu übermitteln, die schlicht lautete: "Der einzige Weg, Solidarität mit politischen Gefangenen zu zeigen, ist der, sich zu organisieren und durch die Straßen Argentiniens, durch die Stadtviertel und Dörfer zu laufen und zu kämpfen. Der einzige Weg, uns zu helfen, ist der, für die Einheit des Volkes einzutreten".

"Wir fordern nicht nur die Freiheit der politischen Gefangenen, wir fordern auch Freiheit im Denken, keine Angst mehr haben zu müssen, nicht wieder das Haupt beugen zu müssen", sagte die Ju-

jeña und bat uns, nicht zu verzagen. Darüber hinaus versicherte sie, dass, wenn etwas zu unseren Gunsten war, dann "war es die Erfahrung des gemeinsamen Wiederaufbaus unserer Heimat". Sie sprach von der Tatsache, dass "viele Führer glauben, dass sie - da sie mit der jeweiligen Regierung zu tun haben - uns dazu bringen können, unsere Köpfe zu senken, aber wir haben keine Angst zu marschieren, in den Straßen, und sie können die Straße nicht besiegen".

Gefährte Raúl

Milagro Sala wollte mit uns auch über den Gesundheitszustand ihres Lebensgefährten Raúl Noro sprechen. "Ich bin voller Schmerz", sagte sie und erklärte, dass die neuesten medizinischen Untersuchungen ergeben haben, dass Raúl Krebs hat. Da so viele Lügen über ihn geschrieben worden waren, war es für sie wichtig, mit eigenen Worten sagen zu können, dass ihr Mann sich nicht krank gestellt hatte, um nicht aussagen zu müssen, wie ihn einige aus Kreisen von Gerardo Morales beschuldigt hatten.

"Wir werden nicht aufgeben, denn jeden Tag sehen wir, wie ihr auf der Straße kämpft, und die Kraft, die wir so erhalten, ist Euch zu verdanken", betonte sie und bekräftigte ihre Hoffnung, dass die Prozesse so bald wie möglich vorbei sein werden, "auf dass diese Narrenposse endlich ein Ende hat".

"Wie Cristina (Kirchner; Anm.d.Ü.) sagte, bereue ich nichts von dem, was ich getan habe", sagte Milagro, bevor sie alle

Anwesenden dazu einlud, einen Kreis zu bilden, sich gegenseitig zu umarmen und die Augen zu schließen. Sie bat um Wohlergehen für Raúl und alle politischen Gefangenen, und auch darum, uns den 10. Dezember 2019 und den Moment vorzustellen, in dem dieser Alptraum enden würde. Sie schloss mit dem Wunsch für "Frieden, Kraft und Freude für alle".

Der Besuch

Die Angehörigen hatten mit den Anwälten der politischen Gefangenen Besuche in jedem der Gefängnisse und auch im Haus von Milagro und Raúl selbst vereinbart. Das Tor zu passieren, von außen verschlossen und nur durch die Polizisten zu öffnen, war ein Moment großer Intensität, zum ersten Mal Milagro zu umarmen, eine feste, warme und lange Umarmung, und sich von Raúl's Herzlichkeit berühren zu lassen, einem großartigen Gastgeber, der immer auf die kleinsten Details achtete, um unseren Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Sobald wir am Küchentisch saßen, um mit Stevia gesüßten Mate-Tee zu trinken und zu reden, zeigte Milagro Raúl meinen Hut und sagte, dass es einer solcher sei, den sie gerne hätte, dass er ihr kauft. Natürlich habe ich ihr sofort zugesagt, dass, wenn sie so einen Barrett haben möchte, es bereits ihres sei, und so war es auch. Zusammen mit den Büchern von Pressenza ließ ich Milagro das Barrett da, das sie während des gesamten Gesprächs trug, und das ihr natürlich viel besser steht als mir.

"Die Zeremonie mit geschlossenen Augen hat uns allen sehr gut



*Milagro Sala, Raúl Noro und ein Mitstreiter grüßen mit dem Victory-Zeichen in die Kamera
Foto: © Radio Hache/Pressenza*

getan", sagte Ayelén, die mit mir eingetreten war, und so konnte Milagro erklären, dass es sich um eine humanistische Zeremonie handelte. "Wenn wir uns niedergeschlagen und frustriert fühlen, machen wir die Zeremonie, um zur Ruhe zu kommen, anderen zu vergeben, die Fehler und Tugenden des anderen zu akzeptieren. Das hat uns sehr geholfen, als Organisation zu wachsen", sagte sie. Sie fragte mich, ob ich Ana López kenne, die Person, die sie "gerettet hat", indem sie ihr die Dinge des Humanismus beibrachte. "Vorher glaubte ich, dass Revolution mit Waffen gemacht wird, aber durch den Humanismus entdeckte ich, dass sie im Bewusstsein geschehen muss", erzählte sie uns.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen dieselben Themen, die sie auch öffentlich zum Ausdruck gebracht hatte. Die Wut über die Lü-

gen, die über Raúl Noro erzählt worden waren, und ihr Bedürfnis, dass man sich dafür entschuldigt. "Mein Mann lügt nicht", sagte sie und fügte hinzu, dass er seinen Schmerz darüber oft sogar vor ihr selber verborgen hat.

Sie bestand auf der Idee, dass es das organisierte Volk ist, das die Kontinuität der Regierung von Mauricio Macri bestimmen wird, und dass dies nicht so sehr von den Führern abhängt, sondern von der Mobilisierung der Menschen.

"Es ist das Werk von Tausenden von Kameraden, die ein besseres Leben suchen, es ist nicht Milagro", sagte sie uns und nannte als Beispiel den kollektiven Aufbau dessen, was die Tupac zusammen geschafft haben. "Wir sind keine Pest, wie man uns darstellt, wir sind der Stolz der indigenen Völker und dafür lassen wir uns auch respektieren", erklärte sie.

Sie vertiefte das Thema Führung und sagte, dass es notwendig sei, "das Ego zu managen und keine Angst vor der Einheit des Volkes

zu haben". "Egal wie der andere ist, egal welche Farbe die Fahnen haben, wir müssen die Straßen mit Tausenden von Blumen füllen, um als Volk wiedergeboren zu werden" sagte sie. "Wenn die Führer sich nicht organisieren, sind wir es, die sich als Volk organisieren müssen, wir müssen zeigen, dass wir am Leben sind", erklärte sie, ohne die Arbeit der Führer abzuwerten, denn "auch ich bin eine Anführerin, aber wenn ich die Arbeit, die ich zu tun habe, nicht tue oder schlecht tue, dann muss das Volk allein hinausgehen". Weiter redeten wir über unser Land, dachten über es nach und über das, was wir unseren Kindern und Enkeln überlassen werden.

Deshalb also hatte sie erwähnt, dass die politische Ausbildung auf der Straße stattfindet, "denn von uns wird abhängen, was passiert". "Wenn der CGR (argentinischer Gewerkschaftsbund; Amm.d.Ü.) nicht streikt, tut es selbst", hatte sie uns ein paar Minuten zuvor gesagt, und dabei die Gewerkschaftsführer mit Verachtung gestraft, die ihre Untätigkeit mit der Angst, beiseite geschoben zu werden, rechtfertigen. "Sie kümmern sich nur um ihren Hinterhof und nicht um das ganze Haus", sagte sie. Als sie von einer Begleiterin nach Cristinas Kandidatur gefragt wurden, meinte sie, dass "sie kandidieren soll", weil "die Stimmen bestehen bleiben" und sie "bereits gezeigt hat, dass sie weiß, wie man die Nation führt".

Dann mussten wir etwas überstürzt aufbrechen, weil noch viele andere Mitreisende auf Eintritt warteten, also umarmten wir uns wieder und sprachen kurz mit Raúl.



Das Komitee

Von El Carmen aus fuhren wir ins Gefängnis von Gorriti, wo eine Veranstaltung stattfand, um die Freilassung aller politischen Gefangenen in Jujuy zu fordern, und dann marschierten wir zum Büro des Gouverneurs.

Es war ein Marsch voller Energie, mit Batterien, die durch die Botenschaft von Milagro Sala wieder aufgeladen waren, und immer noch bewegt von der Intensität des Erlebten. Wir nutzten die Gelegenheit, um einige Souvenirs unter den verschiedenen Organisationen auszutauschen und um uns gegenseitig zu danken. Unser Dank galt auch dem herzlichen Empfang und der Bewahrung der Flamme von Tupac Amaru und der Bewohner von Jujuy, sowie der Solidarität und Unterstützung, die aus dem ganzen Land kommt, was klar zeigt, dass wir nicht allein sind, dass man überall die Freiheit der politischen Gefangenen fordert und dass die Ablehnung von Gerardo Morales weltweit ist.

Protestierende mit Plakaten vor dem Büro des Gouverneurs
Foto: © Mariano Quiroga

Übersetzung aus dem Italienischen von Evelyn Rottengatter

Im folgenden Video, aus dem Programm Continentes y Contenidos, einem wöchentlichen Radioprogramm von Pressenza bei Radio Hache, sind die vollständigen Bilder, die wir vom Treffen in El Carmen bekommen haben, zu sehen:
<https://youtu.be/N9aWjF5dFDg>

Die gesamte Rede von Milagro Sala von der Mauer des Hauses in El Carmen (Video, spanisch):
<https://www.pressenza.com/de/2019/02/milagro-sala-ich-bereue-nichts/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

RELIGION / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Das Reichskonkordat des Vatikans mit Hitlerdeutschland

*Ein Dokument der verbrecherischen Komplizenschaft des Heiligen Stuhls mit dem Faschismus
Es ist bis heute in der Bundesrepublik gültig*

von Gerhard Feldbauer, 24. Februar 2019

(Gerhard Feldbauer) - Der Beitrag knüpft an bzw. setzt den Artikel "Die unterschlagene Enzyklika - Wollte Pius XI. der Judenverfolgung wirklich Einhalt gebieten?" fort (Schattenblick, 8. Februar 2019). Ein weiterer Beitrag wird sich, ausgehend davon, daß der am 2. März 1939 zum Papst gewählte Pius XII. Franco zur blutigen Niederschlagung der Spanischen Republik, die mit aktiver politischer und militärischer Unterstützung Hitlers und Mussolinis erfolgte, Glückwünsche übermittelte [1], mit der engen Kooperation zwischen dem Vatikan und der spanischen Franco-Diktatur befassen. Diese Beiträge verdeutlichen auch, dass sich der derzeitige Papst Franziskus entgegen seiner Ankündigungen, eine Kurienreform einzuleiten, von der eine Abkehr von dieser Komplizenschaft mit dem Faschismus erwartet wurde, bis heute davon noch nicht einmal distanziert hat. [2]

Das Reichskonkordat wurde am 20. Juli 1933 im Vatikanstaat von Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII., und Hitlers Vizekanzler Franz von Papen unterzeichnet. Bereits am 12. April 1933 hatte Pius XI. Papen zusammen mit Reichsminister Hermann Göring, dem zweiten Mann an der Spitze der Nazipartei, in Privataudienz empfangen.



Fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Vatikan und NS-Staat - Unterzeichnung des Reichskonkordats mit Franz von Papen (2.v.l.) und Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli (4.v.l.)

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R24391 / Unknown / CC-BY-SA 3.0 [CC BY-SA 3.0 de (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)]

"Eine Schlacht gegen den Bolschewismus"

Der Papst hatte von ihnen "einen guten Eindruck", wie er sagte, und war glücklich zu hören, dass "das neue Deutschland eine entscheidende Schlacht gegen den Bolschewismus" schlage. [3] Auf Betreiben der Katholischen Kirche lösten sich die Zentrumspartei und ihre bayerische Schwester, die Volkspartei, vor der Unterzeichnung des Reichskonkordats selbst auf. Im Konkordat rief die

Kurie die deutschen Katholiken auf, sich hinter die "nationale Regierung" zu stellen.

Hitlerregime "verfassungsmäßig"

Die Präambel des Konkordats verkündete, "die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern". Für Hitler war das Konkordat ein außerordentlicher außenpolitischer Erfolg, denn es war der erste völkerrechtliche Vertrag, der durch den Vatikan, eine Weltmacht, mit ihm geschlossen wurde. Rom hob die für die katholische Kirche erreichten Ergebnisse hervor, u. a. die Zugestehung von Bekenntnis- und Privatschulen sowie des Religionsunterrichts. Aber selbst diese schlugen letzten Endes zugunsten des Hitlerregimes aus,

wenn das z.B. in Art. 21 die Beziehung zu vaterländischem Pflichtbewusstsein einschloss oder nach Art. 30 an allen Sonn- und Feiertagen im Anschluss an den Hauptgottesdienst für "das Wohlergehen" Hitlerdeutschlands gebetet werden musste. Art. 16 verpflichtete die Bischöfe: "Vor Gott und auf die heiligen Evangelien" zu schwören, "die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen."

Das bescheinigte dem Hitlerregime entgegen der Realität, es sei "verfassungsmäßig" gebildet worden. Zu dieser Scheinlegalisierung hatten am 23. März 1933 bereits die katholische Zentrums- und ihre bayerische Schwesterpartei mit ihrer Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz", das nur dadurch die notwendige Zweidrittelmehrheit erhielt, beigetragen. [4] Mit dem sogenannten "Entpolitisierungsartikel" wurde der politische Katholizismus weiter entmachtet, indem Geistlichen und Ordensleuten eine parteipolitische Tätigkeit untersagt und die katholische Verbandstätigkeit eingeschränkt wurde. Ein gemeinsamer Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 8. Juni 1933 begrüßte mit "großer Freude" die Erklärung der führenden Männer des neuen Staates, dass nicht mehr "der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshass die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten" dürfe. Es war geradezu eine Zustimmung, ja Segnung der mit dem Machtantritt Hitlers begonnenen Hetzjagd gegen Kommunisten und Sozialisten und alle, die verdächtigt wurden, ihnen nahe zu stehen oder die sich gegen die faschistische Diktatur wandten.

Darunter befanden sich auch bereits Tausende Katholiken. Allein in Bayern saßen 2.000 Mitglieder und Anhänger der katholischen Bayerischen Volkspartei, einschließlich ihres Vorsitzenden Fritz Schäfer, von ihren Hirten im Stich gelassen, in Hitlers Zuchthäusern. [5]

In dieser Situation gab Kardinalstaatssekretär Pacelli von sich, mit dem Reichskonkordat sei etwas Segensreiches für die "unsterblichen Seelen" unter "Gottes gütigem Gnadenbeistand" geschaffen worden. Viele deutsche Kardinäle, Bischöfe und

reit seien, auch gern "zu Geländesport und Wehertüchtigung". Der Freiburger Weihbischof Wilhelm Burger erklärte, die "Ziele der Reichsregierung" seien "schon längst die Ziele unserer katholischen Kirche". Der Bischof von Aachen, Joseph Vogt, wollte "am Aufbau des neuen Reiches freudig mitarbeiten" und Bischof Hermann Wilhelm Berning von Osnabrück, der sich von Göring zum Mitglied des Preußischen Staatsrates ernennen ließ, nebst allen deutschen Oberhirten "mit heißer Liebe und mit allen unseren Kräften" daran teilnehmen.



andere geistliche Würdenträger überboten sich in Glückwünschen und Segnungen des Mörderregimes. Kardinal Michael von Faulhaber wies seine Priester an, "illegale Druckschriften" der Gestapo zuzuleiten. Der Kardinal von Breslau, Adolf Bertram, rühmte "die harmonische Zusammenarbeit von Kirche und Staat" und versicherte dem "hochverehrten Herrn Reichskanzler", dass die Katholiken "freiwillig und aus edelsten Motiven zur Mitarbeit" be-

Mit "heißer Liebe" zum NS-Staat - Bischof Hermann Wilhelm Berning (vorne links) am 28. Oktober 1933 bei der Bischofsweihe von Clemens August von Galen
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1986-0407-511 / CC-BY-SA 3.0 [CC BY-SA 3.0 de (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)]

Berning, der das faschistische Führungsprinzip als "gemeinsames Strukturprinzip" der Kirche und des faschistischen Staates be-

zeichnete, nahm bei einem Treffen mit Hitler auch widerspruchslos dessen Äußerung entgegen: "Die katholische Kirche hat die Juden 1.500 Jahre als Schädlinge angesehen, sie ins Ghetto verwiesen. Ich gehe auf das zurück, was man 1.500 Jahre getan hat. Ich sehe die Schädlinge in den Vertretern dieser Rasse für Staat und Kirche, und vielleicht erweise ich dem Christentum den größten Dienst." [6]

Der "Völkische Beobachter" jubelte

Als 1935 bereits der Schatten des kommenden Weltkrieges über den Ereignissen lag, stellten sich alle deutschen Bischöfe am 20. August hinter ihren Papst und signalisierten dem Reichskanzler, dass Pius XI. "das moralische Ansehen ihrer Person und ihrer Regierung in einzigartiger Weise begründet und gehoben" habe. Hitler feierte das als "rückhaltlose Anerkennung" und "unbeschreiblichen Erfolg". Es war, jubelte der "Völkische Beobachter", eine "ungeheuerliche moralische Stärkung der nationalsozialistischen Reichsregierung und ihres Ansehens". Der Vatikan stärkte das von den reaktionärsten Kreisen des deutschen Großkapitals an die Macht gebrachte Hitlerregime, das zu dieser Zeit begann, sich erneut auf den Kampf um die Weltherrschaft vorzubereiten, wofür es sichtbare Anzeichen gab: Die "Heimholung der Saar ins Reich", den im Frühjahr 1935 von Göring bekannt gegebenen Wiederaufbau der deutschen Luftwaffe, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und damit der Aufbau der

Wehrmacht, womit eine der wesentlichsten militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages annulliert wurde. Wie der Völkerbund nahm das auch der Vatikan widerspruchslos hin. Für Hitler wurde so der Weg frei gemacht, eine millionenstarke Massenarmee aufzubauen, die viereinhalb Jahre später mit dem Überfall auf Polen zur Eroberung fast ganz Europas ansetzte.

Die Haltung des Vatikans ging mit der Großbritanniens gegenüber dem Hitlerregime konform, dessen Expansionsdrang nach Osten gegen die UdSSR zu lenken. Der britische Außenminister Simon notierte im April 1935: Wenn Deutschland handle, dann solle das lieber nach Osten geschehen, wo dann "seine Energien für lange Zeit beschäftigt" seien. [7]

Ein "Vaterunser für den Führer"

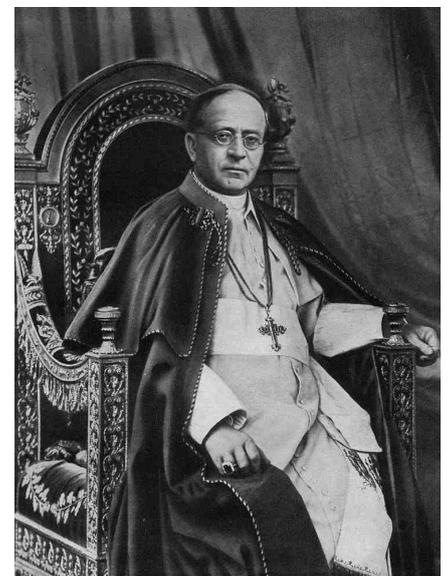
Die Stoßrichtung gegen den Bolschewismus trieb die Kurie zu immer neuen Freundschaftsbeteuerungen gegenüber Hitler. Sie brüstete sich geradezu, wie Kardinal Faulhaber 1936 in einer Predigt ausführte, als erster Souverän des Auslandes mit Hitler im Reichskonkordat einen feierlichen Vertrag abgeschlossen zu haben.

*Kardinal Faulhaber zufolge
der "beste Freund"
Hitlerdeutschlands -
Papst Pius XI.
im Jahre 1930
Foto: Alberto Felici (1871-1950)
[Public domain]*

"Bester Freund" Hitlerdeutschlands

Faulhaber wurde noch freundschaftlicher und sagte: In Wirklichkeit "ist Papst Pius XI. der beste Freund, am Anfang sogar der einzige Freund des neuen Reiches gewesen. Millionen im Ausland standen zuerst abwartend und misstrauisch dem neuen Reich gegenüber und haben erst durch den Abschluss des Konkordats Vertrauen zur neuen deutschen Regierung gefasst." Und er sprach "aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler". Das waren bei weitem nicht die einzigen Bekenntnisse Faulhabers zu Hitler. Er wollte vergessen machen, dass er vor 1932 ihm und dessen Nazi-partei gegenüber Vorbehalte gehabt hatte. Am 7. Februar 1936 schloss er im Münchner Frauen-dom eine Predigt mit den Worten: "Katholische Männer, wir beten jetzt zusammen ein Vaterunser für das Leben des Führers".

Als das Attentat des Antifaschisten Georg Elser im Bürgerbräukeller am 8. November 1939 fehl-schlug, schickte der Kardinal Hitler umgehend ein Telegramm, in



dem er von einem "verabscheuungswürdigen Verbrechen" sprach und Hitler "als Ortsbischof und im Namen der bayerischen Bischöfe wärmsten Glückwunsch für glückliche Rettung" aussprach und Gott bat, "er möge auch ferner seinen schützenden Arm über Sie halten". Obwohl Faulhaber die Naziideologie als unchristlich sah, anerkannte er das Regime als "gottgesetzte Autorität, recht-

aber auch zur Befreiung des seit 24 Jahren von der Pest des Bolschewismus verseuchten und teils zugrunde gerichteten, in seiner Tiefe religiös veranlagten russischen Volkes." [10] Faulhaber rief im Juni 1941 "im Namen unseres Herrn Jesus Christus, den die Juden gekreuzigt haben" mit den bayerischen Bischöfen auf, mutig zu sein "im furchtbaren Kampf gegen den Bolschewismus". [11]

schickte Faulhaber zwar Hitler kein Glückwunschtelegramm mehr, hielt aber einen Dankgottesdienst ab. Intern verurteilte er das Attentat als "furchtbares Verbrechen", denn "das Leben des rechtmäßigen Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches" stehe "unter dem Schutz des 4. Gebots, das uns den Gehorsam und die Treue zur staatlichen Obrigkeit zur Pflicht macht." [12]



mäßige Obrigkeit, der wir im Gewissen Ehrfurcht und Gehorsam schulden". [8] Faulhaber war, wie der Münchener Historiker Rudolf Reiser 2000 schrieb, "eine unerschütterliche Stütze Hitlers, ein böser Kriegstreiber und autoritärer Kirchenfürst." [9]

Nach dem Überfall auf die UdSSR gingen selbst bis dahin etwas zurückhaltendere Kirchenführer wie der Trierer Bischof Rudolf Bornewasser in ihren Predigten auf die Ideologie der Kreuzzüge über und verkündeten, dass "unsere Gedanken Tag und Nacht bei unseren todesmutigen Soldaten (weilen), unsere Gebete zum Himmel (steigen), dass Gottes Beistand mit ihnen sei zur erfolgreichen Abwehr der bolschewistischen Bedrohung aller Völker und aller Länder,

"Ich wollte ja durch meine Tat noch größeres Blutvergießen verhindern" - Georg Elser, hier die Wandtafel an der Georg-Elser-Gedenkstätte Königsbronn
Foto: CC BY-SA 3.0 - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Attentat auf Hitler "furchtbares Verbrechen"

Erst am 12. September 1943, als die Kurie eine Ahnung beschlich, der Kreuzzug gegen den Bolschewismus werde nicht den herbeigesehnten Sieg bringen, wandte sich Faulhaber in einem Hirtenbrief unter Berufung auf die Zehn christlichen Gebote gegen die Tötung "an Menschen fremder Rassen und Abstammungen". Es blieb eine wirkungslose Ausnahme. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944

Totenmesse für den Selbstmörder Hitler

Nach dem Attentat geriet Faulhaber kurze Zeit ins Visier der Gestapo, weil er Jahre vorher einmal mit Goerdeler zusammengetroffen war. Er denunzierte die Attentäter als "Wahnsinnige", als "Verbrecher", "Bolschewisten" und schwor, staatsfeindliche Komplote sofort der Gestapo zu melden und verwies darauf, dass er entsprechende Anzeigen bereits mehrfach erstattet habe. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Adolf Betram, las, nachdem Hitler am 30. April 1945 Selbstmord begangen hatte, für diesen eine Totenmesse.

Nach 1945 bodenlose Heuchelei

Nach 1945 wollten viele katholische Würdenträger nichts mehr

von ihrer Begeisterung für den "Führer" wissen. Faulhaber sprang auf den Zug der westdeutschen Zeit auf und feierte das "Sternenbanner als Wunderzeichen der Gerechtigkeit und der Humanität". Pius XII. höchstpersönlich erklimmte den Gipfel der Heuchelei, als er Kardinal Faulhaber "die höchste Anerkennung für seinen ausdauernden Kampf gegen das Naziregime" aussprach. Das geschah zur gleichen Zeit, da im Franziskanerkloster in Rom der vorherige großdeutsche, nunmehr nur noch österreichische Bischof Alois Hudal, auch er ein begeisterter Vertreter des Bündnisses des Vatikans mit dem Faschismus, Naziverbrechern wie Eichmann und Bormann falsche Pässe zur Flucht auf der Rattenlinie nach Südamerika ausstellte.



Seliges Schweigen? Keine Ehrung für Papst Pius XII. in der Gedenkstätte Yad Vashem - hier eine Aufnahme Eugenio Pacellis vom 1. Januar 1939, kurz vor seiner Wahl zum obersten Kirchenführer

Foto: Fratelli Alinari, Florence. Unknown photographer. [Public domain]

Ein ähnlicher Heiligenschein wurde Kardinal Clemens August Graf von Galen verliehen, der 1995 von dem Polen Karel Wojtyła alias Johannes Paul II. sogar selig gesprochen wurde. Sein einziges Verdienst sei gewesen, "gegen die Tötung von Behinderten zu protestieren, was lobend anzuerkennen ist", schrieb Uta Ranke-Heinemann. Er sei jedoch "keineswegs ein Widerstandskämpfer gegen die Judenverfolgung" gewesen, sondern "ein Antisemit und Kriegsfreund". Am 5. September 1933 unter Hakenkreuzfahnen zum Bischof geweiht, hatte er in seinem ersten Hirtenbrief geschrieben: "Wir wollen Gott dem Herrn für seine liebevolle Fügung dankbar sein, welche die höchsten Führer unseres Vaterlandes erleuchtet und gestärkt hat, dass sie die furchtbare Gefahr, welche unserem geliebten Volk durch die offene Propaganda für Gottlosigkeit und Unsittlichkeit drohte, erkannt haben und sie auch mit starker Hand auszurotten suchen."

Der auf den Altar gehobene Galen lobte Franco dafür, dass der gottlose Bolschewismus in Spanien "mit Gottes und Hitlers Hilfe besiegt" wurde. Im März 1942 pries er die siegreichen deutschen Soldaten, deren Kampf ein Kreuzzug gegen den Bolschewismus sei, mit dem sie Europa vor der roten Flut bewahrten. Für die Seligsprechung Galens wurde angeführt, er habe sich gegen die Judenvernichtung gewandt, das aber nicht öffentlich getan, weil die Juden ihn selbst gebeten hätten, sich nicht zu äußern, "um Schlimmeres zu verhindern". Diese Legende, die heute noch auch über "das Schweigen" Pius XII. zur Vorbereitung von dessen Seligspre-

chung verbreitet wird, hat der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Heinz Galinski, scharf zurückgewiesen. [13]

Eine Ausnahme: Angelo Giuseppe Roncalli, Retter "von wohl hunderttausend Juden"

Hier ist vor allem das Handeln von Angelo Giuseppe Roncalli, des späteren (1958-63) Papstes Johannes XXIII. zu erwähnen, [14] was von offizieller Seite des Vatikans tunlichst vermieden wird. Während der faschistischen Herrschaft war er Erzbischof und Nuntius (Botschafter des Vatikans) in Istanbul. Er unterhielt Kontakte zu dem Emissär der Jewish Agency, Haim Barlas, von dem er umfangreiche Informationen über die in Auschwitz begangenen Verbrechen erhielt. Sie stammten von zwei Juden, die im April 1944 aus Auschwitz fliehen konnten, und wurden später als "Protokolle von Auschwitz" bekannt. Aus ihnen ging klar der Zweck der Lager in Auschwitz hervor - die massenhafte Vernichtung der Juden. Roncalli schickte unverzüglich eine Zusammenfassung des Berichts per Telegramm an Pius XII. nach Rom. Er wird in einem Briefwechsel erwähnt, den der Nuntius mit Barlas führte, der in dessen privatem Nachlass in Israel gefunden wurde.

Unter der Überschrift "Ein ignoriertes Telegramm" berichtete die spanische Geschichtszeitschrift "Historia y Vida" in ihrer Nr. 467/2007 darüber und hielt fest, dass die bis heute verbreitete Version des Vatikans, er habe "erst im Oktober 1944" über genauere Details über Auschwitz verfügt,

eine Lüge ist. Mit der lakonischen Begründung, die in den vatikanischen Archiven gelagerte Korrespondenz Roncallis sei (man beachte, nach über einem halben Jahrhundert) noch nicht "deklassifiziert" worden, versuchte der Vatikan zu vertuschen, dass Pius XII. diese Information ignorierte und nichts unternahm, um dem Unheil entgegenzutreten.

treten für die Rettung "von wohl hunderttausend Juden während der Hitlerdiktatur" in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gedacht. [15] Eine Ehrung, die Pius XII., obwohl es ein öffentlich bekanntes Anliegen des Vatikans ist, verwehrt wird.

Der katholische Publizist Johannes Fleischer stellte zum Konkor-

teilt und der Judenverfolgung widersprochen, z. B. die Bischöfe Sproll von Rottenburg und Preysing von Berlin. Über letzteren schrieb Goebbels in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 21. April 1942: "Der Bischof Preysing von Berlin betätigt sich weiter als Hetzer gegen die deutsche Kriegsführung." [17]

Die Rattenlinie

Bei Kriegsende 1945 fügte der Vatikan unter der Regie von Pius XII. seiner Politik des Bündnisses mit dem Faschismus eine neue Seite hinzu. Für Tausende und Abertausende führende Faschisten organisierte er die Flucht über die im Geheimdienstjargon "Rattenlinie" genannte Route nach Südamerika oder beteiligte sich aktiv daran. Dazu gehörten neben international gesuchten Kriegsverbrechern wie dem NSDAP-Reichsleiter Martin Bormann, Adolf Eichmann, der KZ-Arzt von Auschwitz Josef Mengele, der Kommandant der Vernichtungslager von Sobibor und Treblinka, Franz Sprangl und der des Ghettos in Przemysl, Josef Schwammberger, der Führer der Ustascha-Faschisten und Chef des unter der Okkupation Hitlerdeutschlands proklamierten "Unabhängigen Staates Kroatien", Ante Pavelic, mit fast seinem gesamten Kabinett. Ausgeschleust wurden deutsche und italienische Faschisten, belgische und französische Kollaborateure, kroatische Ustascha, slowakische Klerikalfaschisten, ungarische Pfeilkreuzler und Angehörige der rumänischen "Eisernen Garde".



Ausnahmeerscheinung unter Päpsten - Johannes XXIII., hier bei den Olympischen Spielen in Rom 1960

Foto: Harry Pot / Anefo [CC0]

Roncalli protestierte auch beim slowakischen Präsidenten des katholischen Marionettenregimes, Joseph Tiso, gegen die Judendeportationen. In Griechenland und Ungarn ließ er für Juden Taufscheine ausstellen, wodurch viele gerettet wurden. Der damalige Oberrabbiner von Jerusalem, Isaac Herzog, schrieb, mit Roncallis Hilfe seien "Tausende von Juden gerettet worden". Was Roncalli vollbrachte, zählte Haim Barlas "zu den wenigen heldenmütigen Taten, die unternommen wurden, um Juden zu retten". Johannes XXIII. wird für sein Ein-

dat und seiner Verwirklichung durch den römischen Klerus klar: "Das Konkordat hat nach Zeitpunkt, Inhalt und offizieller bischöflicher Interpretation Verbrechen und Verbrechen Vorschub geleistet, jede entscheidende Opposition moralisch diffamiert, dem Naziregime die Legitimation verliehen, sich zu den 'auf der Seite der Ordnung stehenden staatlichen Gewalten' zu zählen (Kardinal Pacelli am 30. April 1937), und das katholische Volk von vornherein auf den Weg ins Massengrab zur Sicherung der Hitlerdiktatur verpflichtet." [16] Der US-amerikanische Historiker Gordon Zahn nannte die Kirche "eine Agentur des Dritten Reiches." Im deutschen Episkopat hätten nur wenige Bischöfe die Begeisterung für Hitler nicht ge-

300 abgeurteilte oder angeklagte Kriegsverbrecher

Wie der argentinische Historiker Uki Goni in seinem Buch "Odesa. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher", Berlin/Hamburg 2006 recherchierte, waren wenigstens 300 der ausgeschleusten Faschisten bereits in Europa abgeurteilt oder angeklagte Kriegsverbrecher. Allein etwa 50.000 Deutsche und Kroaten konnten nach Argentinien entkommen, das zur Zeit des Faschismus in Deutschland ein Nazioldorado bildete. Von den fast 40.000 dort lebenden Deutschen waren die meisten aktive Anhänger des Hitlerregimes gewesen. Die NSDAP-Organisation in Argentinien war eine der stärksten Auslandsorganisationen Hitlerdeutschlands und Buenos Aires Zentrale der faschistischen Propaganda und der Spionage für ganz Südamerika. Unter Juan Peron, einem Bewunderer Hitlers und Mussolinis, der Argentinien von 1946 bis 1955 als Präsident regierte, wurde das Land zu einem neuen Paradies für geflohene Nazi-Verbrecher.

BRD-Pass für KZ-Arzt Mengele

Nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 betreute deren Botschaft in Argentinien die geflohenen Faschisten nicht nur, sondern hatte unter ihren Diplomaten und Mitarbeitern selbst frühere NSDAP-Mitglieder. Sie stellten dem KZ-Arzt Mengele, der unter falschem Namen eingereist war, unter seinem echten Namen einen Reisepass aus, mit dem er in die Schweiz und zurückreisen konnte. Der im Oktober 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilte Martin Bormann besaß, als Jesuitenprie-

ster getarnt, auf den jüdisch klingenden Namen eines in Polen geborenen Eliezer Goldstein ausgestellte Papiere des Vatikans mit der Unterschrift Pius XII., mit denen er nach Brasilien gelangte. Das waren keine Einzelfälle. [18]

Priester für die CIA

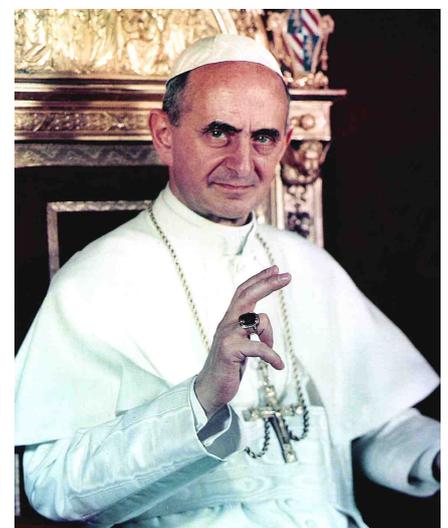
Im Staatssekretariat des Vatikans leitete die Rettungsaktion Giovanni Battista Montini, der spätere Papst Paul VI. (1963-1978). Als Ressortleiter gehörte er zur Spitze des 1943/44 gebildeten vatikanischen Geheimdienstes Pro Deo, der eng mit dem Office of Strategic Service (OSS) und später mit seinem Nachfolger, der CIA, zusammenarbeitete. Montini stellte OSS/CIA die Akten über politisch aktive Priester zur Verfügung, von denen viele als Agenten angeworben wurden. Die geheimdienstliche Zusammenarbeit zwischen CIA und Pro Deo sowie dem Vatikan überhaupt wurde noch vertieft, als Montini 1963 zum Papst aufstieg. In ihrem bei Erscheinen 1976 Aufsehen erregenden Buch "Gli Americani in Italia" (Mailand 1976) belegten die Autoren Roberto Faenza und Marco Fini, dass Ziel dieser Zusammenarbeit war, dominierenden Positionen der Kommunisten in der künftigen Entwicklung in Italien und einem "linken Vormarsch" entgegenzuwirken.

*Gegen den "linken Vormarsch" -
Giovanni Battista Montini alias
Papst Paul VI.
am 1. Januar 1963
Foto: Vatican City
(picture oficial of pope)
[Public domain]*

Im Vatikan versteckt

Um die Verbindungen zum Vatikan zu festigen, traten führende CIA-Leute wie James Angleton, Chef des OSS in Rom, die langjährigen CIA-Direktoren John McCon und William Casey in den Orden der Malteserritter ein. [19] Ihm gehörte auch der frühere Geheimdienstagent Mussolinis Licio Gelli an, der Anfang der 70er Jahre auf Betreiben der CIA die faschistische Putschloge und Zentrale der Spannungsstrategie P2 gründete. [20]

Zu Montinis Helfern bei der Fluchthilfe gehörte der SS-Sturmbannführer Karl Hass, der zusammen mit dem SS-Chef von Rom, Herbert Kappler, und dessen Stellvertreter Erich Priebke u. a. an der Ermordung der 335 Geiseln im März 1944 in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom beteiligt war. Kappler und Priebke verschickten Tausende italienische Juden zur "Endlösung" in die Konzentrationslager. [21] Eine Anzahl von Kriegsverbrechern fand, bevor sie ausgeschleust wurden, Unterschlupf im Vatikan. Zu den hohen katholischen Würdenträgern, die sich an der Fluchthilfe aktiv beteiligten, ge-



hörten Kardinal Antonio Caggiano und Bischof Augustin Barrère (Argentinien), der österreichische Bischof Alois Hudal, der Prälater Ference Luttor aus Ungarn.

Dankschreiben der Nazi-Verbrecher

Hudal, der einen christlichen Nationalsozialismus vertreten hatte ("Für Kirche und Nation"), rühmte sich in seiner Autobiographie mit den Dankschreiben Dutzender Nazis, die er "mit falschen Ausweispapieren ihren Peinigern durch die Flucht in glücklichere Länder entrissen" habe. Die so ihrer gerechten Strafe Entkommenen prahlten damit, wie es in einem Dankschreiben hieß, "bis 1945 im Kampf gegen den Bolschewismus, für Europa" gestanden und "während dieser gewaltigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" an der Front und in der Heimat "unbeugsam und kompromisslos" ihre Pflicht erfüllt zu haben. [22]

Laut 1975 in Washington freigegebenen Aufzeichnungen von Beamten des Finanzministeriums hat der Vatikan bei Kriegsende vom faschistischen Ustascha-Regime in Kroatien Gold im Werte von 250 Millionen Schweizer Franken "in Verwahrung" genommen. Das wurde durch Unterlagen des OSS belegt. Die 250 Millionen stammten aus dem Vermögen von insgesamt 350 Millionen Schweizer Franken von mehreren Hunderttausend Serben, Juden, Sinti und Roma sowie oppositionellen Kroaten, die das Ustascha-Regime von 1941 bis 1945 umbrachte. 100 Millionen hatten britische Truppen an der Grenze zwischen

Österreich und der Schweiz bei Kriegsende sichergestellt. Experten erinnerten sich, dass Battista Montini während der Rettungsaktionen für die Ustascha-Faschisten wohl deshalb mit dem Pavelic-Vertrauten Krunoslav Draganovic im Kloster San Girolamo in Rom extra für diese eine "kroatische Sektion" gebildet hatte. [23]

In BRD geltendes Recht

In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass im Gegensatz zu Italien und Spanien das Reichskonkordat mit Hitler in der BRD bis heute nach Artikel 123 des Grundgesetzes über die "Fortgeltung alten Rechts und alter Verträge" grundsätzlich gültig ist. Mit Artikel 123, Absatz 2 GG

Reichsgesetzblatt		
Teil II		
1933	Ausgegeben zu Berlin, den 18. September 1933	Nr. 38
Inhalt: Bekanntmachung über das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl. Vom 12. September 1933. E. 679		

Bekanntmachung über das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl. Vom 12. September 1933.

Am 20. Juli 1933 ist in der Vatikanstadt zwischen Vertretern des Deutschen Reichs und des Heiligen Stuhls ein Konkordat unterzeichnet worden. Das Konkordat und das dazugehörige Schlussprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Das Konkordat ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 10. September 1933 in der Vatikanstadt stattgefunden. Das Konkordat und das Schlussprotokoll sind gemäß Artikel 34 des Konkordats am 10. September 1933 in Kraft getreten.

Zur Ausführung des Konkordats ist das im Reichsgesetzblatt von 1933 Teil I Seite 625 veröffentlichte Gesetz vom 12. September 1933 ergangen.

Berlin, den 12. September 1933.

Der Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath

Der Reichsminister des Innern
Fric

Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich

Seine Heiligkeit Papsi Pius XI. und der Deutsche Reichspräsident, von dem gemeinsamen Wunsche geleitet, die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern,

gewillt, das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat für den Gesamtbereich des Deutschen Reiches in einer beide Teile befriedigenden Weise dauernd zu regeln,

haben beschlossen, eine feierliche Übereinkunft zu treffen, welche die mit einzelnen deutschen Ländern abgeschlossenen Konkordate ergänzen und auch für die übrigen Länder eine in den Grundsätzen einheitliche Behandlung der einschlägigen Fragen sichern soll.

Zu diesem Zweck haben Seine Heiligkeit Papsi Pius XI. zu Ihrem Bevollmächtigten

Reichsgesetzbl. 1933 II

Concordato fra la S. Sede ed il Reich Germanico

Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI. e il Presidente del Reich Germanico, concordi nel desiderio di consolidare e sviluppare le relazioni amichevoli esistenti fra la Santa Sede e il Reich Germanico,

volendo regolare i rapporti fra la Chiesa Cattolica e lo Stato per tutto il territorio del Reich Germanico in modo stabile e soddisfacente per entrambe le parti,

hanno risoluto di concludere una solenne Convenzione, che completi i Concordati conclusi con alcuni Stati particolari (Länder) della Germania ed assicuri per gli altri un criterio uniforme nel trattamento delle relative questioni.

A tale effetto, Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI. ha nominato Suo Plenipotenziario

176

Das Reichskonkordat - veröffentlicht im Reichsgesetzblatt II von 1933
Abbildung: gemeinfrei (amtliches Werk) via Wikipedia

wurde das Reichskonkordat implizit anerkannt. [24] Der nie von einem Parlament sanktionierte Vertrag wurde vom Bundesverfassungsgericht 1957 bestätigt und damit für rechtsgültig erklärt. Davon gingen auch die Staatskirchenverträge mit der evangelischen Kirche sowie dem Zentralrat der Juden in Deutschland aus. "Das alles erweckt nicht von ungefähr den Eindruck eines veritablen Bündnisses von Thron und Altar, respektive von Kapital und Klerus", schrieb der Vatikan-Experte Ingolf Bossenz. "Die Kirche dankt für erwiesene und künftige Wohltaten mit der Absegnung der herrschenden Verhältnisse".

Milliarden für die Absegnung der herrschenden Verhältnisse

Diese Wohltaten bestehen u. a. darin, dass der Staat heute in Deutschland die beiden Großkirchen (katholische und evangelische) jährlich mit zwischen schätzungsweise 10 bis 14 Mrd. Euro finanziert und obendrein für sie die Steuern eintreibt. Den Gläubigen ist nicht oder kaum bekannt, dass der Staat ebenso ihre Bischöfe und unzählige Geistliche besoldet, Kirchentage und Priesterseminare und zahlreiche theologische Fakultäten finanziert, zum Unterhalt ihrer Krankenhäuser beiträgt, den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen einrichtet und bezahlt - nicht zu vergessen, dass er natürlich die Ausgaben für die Militär- und Polizeiseelsorge wie auch für die in den Gefängnissen trägt. [25]

Anmerkungen:

[1] In der Botschaft an den "Gaudilo" hieß: "Die von Gott als wichtigster Diener der Evangelisation der Neuen Welt und als uneinnehmbares Bollwerk des katholischen Glaubens auserwählte Nation hat soeben den Anhängern des materialistischen Atheismus unseres Jahrhunderts den erhabensten Beweis dafür geliefert, dass über allen Dingen die ewigen Werte der Religion und des Geistes stehen." Ein weiteres Glückwunschtelegramm erhielt Hitler, dem der Papst "mit besten Wünschen den Segen des Himmels und des allmächtigen Gottes" übermittelte.

[2] Siehe Beitrag im "Schattenblick" vom 13. April 2016, "Franziskus wollte vieles verändern, hat aber bisher wenig erreicht. Ein Streifzug durch die ersten drei Jahre seines Pontifikats".

[3] Karlheinz Deschner: Mit Gott und dem Führer, Die Politik der Päpste zur Zeit des Nationalsozialismus, Köln 1988, S. 44 f. Siehe ferner Thomas Brechermacher: Das Reichskonkordat 1933. Paderborn 2007.

[4] Deschner, a.a.O., S. 36.

[5] Ebd., S. 45.

[6] Ullrich Hehl: Bischof von Berning und das Bistum Osnabrück im Dritten Reich, Osnabrück 1980, S. 83-104.

[7] Kurt Pätzold/Erika Schwarz: Europa vor dem Abgrund, Köln 2005, S. 80.

[8] Nick Brauns: Hitlers Schutzpatron. Ausstellung in München zu Kardinal Michael Faulhaber, in: junge Welt, 22./23. Juni 2002.

[9] Rudolf Reiser: Kardinal von Faulhaber - Des Kaisers und des Führers Schutzpatron. Freiburg 2007, passim.

[10] Dago Langhans: Mit dem Hakenkreuz gegen den gottlosen Bolschewismus, in: junge Welt, 18/19. Juli 1998, passim.

[11] Reiser, a.a.O., S. 31.

[12] Ebd., S. 79.

[13] Uta Ranke-Heinemann: Ein Antisemit und Kriegsfreund. Kardinal Clemens August Graf von Galen wird am Sonntag in Rom selig gesprochen. Junge Welt, 7. Oktober 2005.

[14] Bekannt durch die Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils 1962/63, dessen herausragende Bedeutung in der Annahme der Beschlüsse zur Durchsetzung von Toleranz unter den Religionen (das Dekret "Über die Religionsfreiheit") lag, das besonders durch die Absage an den Antijudaismus historische Bedeutung erhielt. Siehe "Schattenblick", Ausgabe vom 27. Oktober 2018, "Das Erbe des Papst des Friedens genannten Johannes XXIII. Er unterbrach die reaktionären Traditionen der katholischen Kirche".

[15] Hans Kühner. Lexikon der Päpste, Zürich 1977, S. 383.

[16] Zitate nach Deschner, a.a.O., passim.

[17] Ranke-Heinemann, a.a.O.

[18] ARTE strahlte 1996 zum Thema Nazis, CIA und Vatikan den Film "Ratlines" aus.

[19] Auch Benedikt XVI. gehört selbst dem Malteser Hilfsdienst an.

[20] Heinz Pfeifer: Brüder des Schattens, Zürich 1981, S. 227 ff.

[21] Guido Gerosa: Il Caso Kappler, Mailand 1977, passim.

[22] Ernst Klee: Persilscheine und

falsche Pässe. Frankfurt/Main 1991, S. 32.

[23] Uli Weyland: Strafsache Vatikan, München 1994, S. 452 ff.; Goni, passim.

[24] "Die vom Deutschen Reich abgeschlossenen Staatsverträge, die sich auf Gegenstände beziehen, für die nach diesem Grundgesetz die Landesgesetzgebung zuständig ist, bleiben, wenn sie nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen gültig sind und fortgelten, unter Vorbehalt aller Rechte und Einwändungen der Beteiligten in Kraft, bis neue Staatsverträge durch die nach diesem Grundgesetz zuständigen Stellen abgeschlossen werden oder ihre Beendigung auf Grund der in ihnen enthaltenen Bestimmungen anderweitig erfolgt." Grundgesetz, 2. Auflage 1999, München 1999, S. 71.

[25] Ingolf Bossenz: Das Kreuz mit den Privilegien. Neues Deutschland, 22./23. Nov. 2008.

*

Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/religion/meinung/rgsp0106.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

SPORT / BOXEN / MELDUNG

Supermittelgewicht - aufs sportliche Altenteil ...

Chris Eubank gewinnt Prestigekampf gegen James DeGale

(SB) 28. März 2019 - In einem innerbritischen Prestigekampf hat Chris Eubank jun. den früheren IBF-Weltmeister James DeGale nach Punkten besiegt (114:112, 115:112, 117:109) und sich den vakanten Titel des kleinen Verbands IBO im Supermittelgewicht gesichert. Dank seines verdienten Erfolgs in der Londoner O2 Arena baute der 29jährige Sohn der gleichnamigen englischen Legende der 90er Jahre seine Bilanz auf 28 gewonnene und zwei verlorene Auftritte aus, während für seinen vier Jahre älteren Kontrahenten nunmehr 25 Siege, drei Niederlagen sowie ein Unentschieden zu Buche stehen. Dabei machte DeGale einen derart desolaten Eindruck, daß er wohl gut beraten wäre, ein Ende seiner Karriere in Erwägung zu ziehen. [1]

Chris Eubank kratzte mit einer soliden Leistung noch einmal die Kurve und brachte vorerst die Zweifel an seiner Zugehörigkeit zur Spitze in dieser Gewichtsregion zum Schweigen. Allerdings hatte er es in North Greenwich mit einem körperlich eingeschränkten und offenbar auch mental angeschlagenen Widersacher zu tun, was die Bedeutung seines Titelgewinns relativiert. Zudem ist der Gürtel der IBO natürlich eine Trophäe, die man nicht mit jenen der vier maßgeblichen Verbände gleichsetzen kann. Immerhin scheint es sich ausgezahlt zu haben, daß Eubank

erstmalig in seiner Karriere mit einem Vollzeittrainer zusammengearbeitet hat. Nachdem er bislang seine Trainingspläne selbst aufgestellt hatte und von seinem Vater sowie dem in die Jahre gekommenen Coach Ronnie Davies beraten worden war, konnte er in der Vorbereitung mit Nate Vasquez offenbar manche Schwächen ausbügeln.

Er ging von Beginn an energisch zur Sache und raubte DeGale bereits in der zweiten Runde mit einem Niederschlag den Nerv. Der ehemalige Champion wirkte in der Folge verunsichert und schaffte es nicht, sich Eubank mit dem Jab vom Leib zu halten, der ihn immer wieder mit wuchtigen Einzelschlägen traktierte. Spätesten zur Hälfte des Kampfs dominierte der jüngere Boxer, zumal er regelmäßig kurz vor der Pause noch einmal aufdrehte und damit den besseren Eindruck bei den Punktrichtern hinterließ. Nachdem DeGale in der zehnten Runde ein zweites Mal auf den Brettern gelandet war, konnte er nach Punkten nicht mehr gewinnen, wengleich Eubank nach einer Ringereinlage im folgenden Durchgang mit einem Abzug bestraft wurde. [2]

James DeGale schien die Beweglichkeit und Widerstandsfähigkeit, die ihn früher ausgezeichnet hatten, weitgehend eingebüßt zu haben. Er wirkte mehrfach angeschlagen und unsicher auf wei-

chen Beinen, so daß er immer wieder zum Klammern Zuflucht nehmen mußte, um den Schlagabtausch zu verhindern. Daß der Ringrichter ihn gewähren ließ, machte den Kampf gewiß nicht besser und schien Eubank derart in Rage zu versetzen, daß er den Gegner schließlich packte und wie ein Wrestler zu Boden warf. DeGale hatte dieselbe Taktik bereits bei der Revanche gegen Caleb Truax im April 2018 praktiziert, die er umstritten gewann, obwohl er nur weggelaufen war oder geklammert hatte. Daß er gegen Eubank genauso zu Werke ging, läßt darauf schließen, daß er inzwischen nicht mehr anders boxen kann.

Er hatte sich beim Kampf gegen Badou Jack im Jahr 2017 an der rechten Schulter verletzt und nie wieder vollständig davon erholt. Heute ist er im Grunde ein einhändiger Boxer, da er nur mit der Linken nennenswerte Wirkung entfalten kann. Daher hatte er keine Chance gegen Eubank, dessen begrenzte Möglichkeiten trotz des Erfolgs recht deutlich zutage traten. Wie James DeGale hinterher einräumte, habe er schlichtweg zu wenig getan und viele Schläge nicht kommen gesehen. Vermutlich sei es an der Zeit, an den Abschied von einer Laufbahn zu denken, in der er doch einige bedeutende Akzente setzen konnte. Er werde sich nun mit seiner Familie zusammensetzen, um alles weitere zu beraten. Verletzungen an der Achillessehne und zuletzt an der rechten Schulter hatten ihn seit geraumer Zeit beeinträchtigt.

Auf eine Revanche gegen Chris Eubank sollte DeGale gar nicht erst hoffen, da sie erstens kaum anders ausgehen würde und zwei-

tens für Eubank nicht von Interesse wäre. Sollte der frühere IBF-Weltmeister doch in Erwägung ziehen, seine Karriere fortzusetzen, wäre vielleicht ein zweiter Kampf gegen George Groves vorstellbar, der ihn 2011 knapp nach Punkten besiegt hatte. Diese Niederlage hatte ihn in den folgenden Jahren doch sehr beschäftigt, da er immer wieder darauf zu sprechen kam und sich revanchieren wollte. Groves, der seine Karriere inzwischen offiziell beendet hat, sah sich den Auftritt seines alten Rivalen vor Ort an, ließ aber kein Interesse erkennen, deswegen noch einmal aus dem Ruhestand zurückzukehren. [3]

Wie Chris Eubank verkündet, wolle er fortan die "großen Namen" im Mittelgewicht und Supermittelgewicht zum Gegner haben. Den prestigeträchtigsten und einträglichsten Kampf böte Saul "Canelo" Alvarez, der gegenwärtig Titel in beiden Gewichtsklassen hält. Der Mexikaner tritt am 4. Mai in einem Duell zweier Weltmeister gegen Daniel Jacobs an und könnte einem dritten Kräftemessen mit Gennadi Golowkin im Herbst nicht abgeneigt sein. Für Eubank bliebe unter diesen Umständen im Mittelgewicht entweder WBO-Champion Demetrius Andrade oder der reguläre WBA-Weltmeister Rob Brant mit seinem sekundären Titel. [4]

Anmerkungen:

[1] www.boxing-news24.com/2019/02/chris-eubank-jr-defeats-james-degale-results/

[2] www.espn.com/boxing/story/_/id/26064723/chris-eubank-tops-james-degale-points-wants-major-title-bouts

[3] www.boxing-news24.com/2019/02/degale-to-contemplate-retirement-after-loss-to-eubank-jr/

[4] www.boxingnews24.com/2019/02/eubank-jr-wants-big-names-at-160-168/

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxm2328.html>

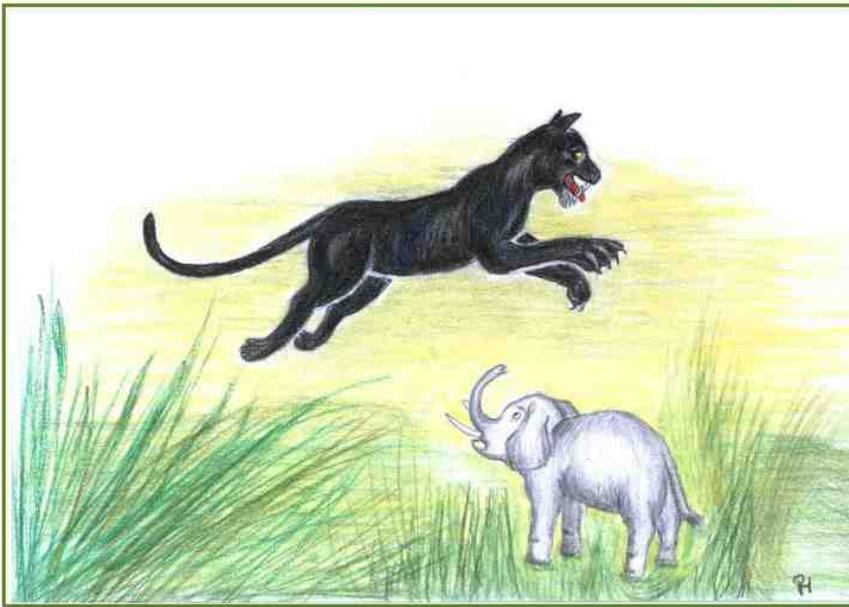
KINDERBLICK

Der kleine Elefant - gerettet ...

Ein riesiger schwarzer Panther springt über den kleinen Elefanten hinweg - Buntstiftzeichnung: © 2019 by Schattenblick

Der kleine Elefant Roland bestaunte die neue und ihm fremde Umgebung des dunklen Dschungels. Als er eine schwarze menschenähnliche Gestalt auf einem Baum entdeckte, die ihm zu winken schien, näherte er sich vorsichtig. Es stellte sich heraus, dass es sich um den Affen mit Namen "Boss" handelte. Als bald wurde Roland von einer ganzen Horde Affen umzingelt, neugierig begutachtet und ausgefragt. Dabei bewegten sie sich alle unmerklich immer weiter in den dunklen Wald hinein.

Roland erfuhr von den Affen so allerhand und kam aus dem Staunen gar nicht mehr heraus. Leider hatte er darüber die Gräfin, Johann und das Flugzeug ganz vergessen. Erst als die Affen wissen wollten, wie er denn überhaupt in den Dschungel gelangt sei, fiel ihm alles wieder ein. Er berichte-



© 2019 by Schattenblick

März 2019

Mo	4	11	18	25	
Di	5	12	19	26	
Mi	6	13	20	27	
Do	7	14	21	28	
Fr	1	8	15	22	29
Sa	2	9	16	23	30
So	3	10	17	24	31

te von dem wilden Sturm und der umher trudelnden Transportkiste. Doch die meisten Affen verstanden gar nicht, wovon er sprach.

"Also, was ist denn ein Flugzeug und was bedeutet Transportkiste?", wollte ein kleines neugieriges Äffchen wissen.

"Na ja, das Flugzeug fliegt durch die Luft, also, da oben am Himmel wie ein Vogel, aber es hat keine Federn und ist ziemlich laut," versuchte der kleine Elefant es möglichst genau zu beschreiben. Die Affen hockten da mit offenen Mündern, kratzten sich an Kopf oder Ohr, wussten aber nicht so recht, wie sie sich das vorstellen sollten.

"So, so, geflogen in einem Vogel ohne Federn, ah, hmmm, ja, so ist das?", zweifelte ein anderer vor sich hin und legte misstrauisch den Kopf schief. Plötzlich fingen alle Affen durcheinander zu reden an und brachen in kreischendes Gelächter aus.

"Er will uns einen Bären aufbinden, ein schönes Märchen erzählen", meinte einer und ein anderer brüllte: "Tolle Geschichte, wirklich, tolle Geschichte, die du da erfunden hast!"

Roland war durcheinander, hatte er doch versucht, alles wahrheitsgemäß zu erzählen. Aber er sah ein, dass es nichts nutzte, sie würden ihm nicht glauben. Doch Boss half ihm aus der Patsche und belehrte seine Affenbande: "Das sind diese krachlauten Dinger mit den unbeweglichen, starren Flügeln, die manchmal am Himmel über unseren Dschungel kreisen.

"Ah, ja - ach so - ja, genau", erklang es nun aus vielen Affenkehlen, gerade so als ob sie es jetzt wirklich besser wüssten.

Auf einmal fühlte Roland sich unwohl und wollte am liebsten ganz schnell wieder zurück zur Gräfin, zu Johann und dem Flugzeug. Unsicher schaute er sich um und suchte nach dem richtigen Weg.

Aber er wusste beim besten Willen nicht mehr, welche Richtung er einschlagen sollte. Und dann geschah etwas, was nicht nur ihm, sondern auch den Affen einen riesigen Schrecken einjagte. Alle schrien durcheinander und ergriffen sofort die Flucht, sprangen von Ast zu Ast, kletterten höher und höher hinauf in die Baumkronen und plötzlich war alles ganz still. Nur ein unheimliches Fauchen war direkt hinter dem kleinen Elefanten zu hören. Er traute sich aber nicht, sich umzusehen.

Doch das brauchte er auch gar nicht, denn mit einem Mal huschte ein gewaltiger Schatten über ihn hinweg und vor ihm landete eine riesige, also wirklich riesige schwarze Katze. So ein Wesen hatte Roland nie zuvor gesehen. Die Katzen in seiner Heimat waren zwar auch ziemlich groß, sie reichten ihm bis an seine Bauchmitte. Diese hier aber war mindestens dreimal höher als er, wenn nicht sogar noch mehr - mit anderen Worten - sehr viel größer als

der kleine Elefant. Als wäre er nicht schon erschrocken genug, hob die Katze, oder was immer das für ein Wesen sein mochte, ihre mit scharfen Krallen bewehrte Tatze und es schien, als wolle sie gerade zuschlagen, als von oben herab eine harte Frucht ihr genau auf den Kopf fiel. Ein lautes "Plomp" ließ das Katzentier aus der Haut fahren und ärgerlich fluchen: "Pötzblitz verflixt noch eins! Wer war das? Zeig' dich, und ich werde dich in der Luft zerreißen!"

Roland stand immer noch wie versteinert am selben Fleck und als er das Schimpfen hörte, dachte er bei sich: "Hoffentlich bleibt der Übeltäter in seinem Versteck. Dieses schwarze Ungeheuer scheint wirklich sehr böse zu sein."

"Plopp" machte es erneut und wieder traf eine steinharte Frucht den Kopf der Katze, die diesmal sofort nach oben blickte, um den Werfer zu erkennen - doch ohne Erfolg. Wütend drehte sie sich um und musterte den kleinen Elefanten, als hätte sie ihn erst jetzt bemerkt.

"Warst du das?! Hast du nach mir geworfen?", fauchte sie ihn an und riss dabei ihr riesigen Maul auf, in dem vier weiße Eckzähne bedrohlich aufblitzten. "Nein, nein, ganz bestimmt nicht", tröte Roland ängstlich. Das schwarze Katzentier wiegte den Kopf und schien zu überlegen: "Irgendetwas stimmt nicht mit dir. Du siehst aus wie ein richtiger Elefant, ganz erwachsen, bist aber klein wie ein Baby. Was ist mit dir los? Wo kommst du her? So einen wie dich habe ich hier noch nie zuvor gesehen?!"

Roland wäre beinahe vor Wut geplatzt. Schon wieder nannte ihn jemand ein Baby. Nun reichte es dem kleinen Elefanten und er brüllte den Fremden in Katzengestalt an: "Ich bin ein richtiger, großer, erwachsener Elefant und ich bin genauso wie es sich für große Elefanten gehört! Wäre ich noch ein Baby, würde ich in einen Schuhkarton passen - also, du siehst ..."

"... Schuhkarton? Was soll das denn sein? Ich glaube du willst mich veräppeln und das finde ich gar nicht lustig!", wieder sperrte die Katze ihr Maul auf, "aber egal ob du alt oder ein Baby bist, eine anständige Mahlzeit werd' ich aus dir schon machen!"

Das war zu viel für Roland, er dachte, sein letztes Stündlein hätte geschlagen und er würde hier jetzt gleich sein Ende finden. Doch plötzlich prasselten Nüsse, Steine und Früchte auf die riesige Katze hinab, sie fauchte und drehte sich im Kreis, hieb mit der Pfoote nach den Wurfgeschossen, duckte sich und endlich ergriff sie wütend unter lautem Brüllen die Flucht. Wenig später war von ihr nichts mehr zu sehen. Es dauerte eine Weile, bis Roland begriff, dass er nun nicht sterben würde und gerettet war - nur von wem, wusste er nicht.

Als die Affen ganz sicher waren, das der Panther, denn um ein solches Tier handelte es sich bei der schwarzen Katze, wirklich fort war, sprangen und kletterten sie von den Ästen herunter und führten einen Freudentanz auf.

"Das war knapp, Roland, was? Aber wir haben es geschafft, der Panther, der dich fressen wollte,

ist verschwunden, wir haben ihn verjagt!", verkündete stolz der Boss der Affenbande.

"Danke, danke euch, ich bin so froh, danke", stammelte Roland noch ganz verwirrt. Die Affen sangen, lachten und hüpfen um ihn herum, bis auch Roland wieder lachen konnte.

"Sagt mal", wollte er dann doch wissen, "geht es bei euch im Wald immer so gefährlich zu?"

"Nun, ja, eigentlich, ja, was soll's, hier lauern stets irgendwo Gefahren, aber wenn man aufpasst und sich auskennt, ist es gar nicht so schlimm und kann sogar ganz gemütlich sein", erklärte Boss dem kleinen Elefanten.

"Ich hab' noch eine Frage, warum denkt ihr, dass ich nicht richtig bin, dass ich ein Baby bin oder irgendwie falsch?", wollte Roland nun doch von den Affen wissen.

Boss antwortete nicht gleich und überlegte, dann meinte er: "Weißt du was, morgen zeigen wir dir Elefanten, wie sie bei uns hier leben, dann wirst du selber sehen. Willst du mitkommen?"

"Ja, klar, das will ich auf jeden Fall."

Der kleine Elefant konnte nicht wissen, dass sich die Gräfin und Johann große Sorgen um ihn machten und schon ein wirklich großes Gebiet nach ihm abgesehen hatten. Traurig kehrten sie zum Flugzeug zurück und wollten ihre Suche am nächsten Tag fortsetzen.

Fortsetzung folgt ...

- 1 POLITIK - REDAKTION: Flüchtlingspolitik - Halden in der Wüste ...
- 3 POLITIK - REDAKTION: Koreakonflikt - der Rückschritt ...
- 4 SCHACH-SPHINX: Erfolgreicher Fallensteller
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: Bundesrepublik Deutschland - doppelzünftig ...
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: Nichtregierungsorganisation - justiziabler Hinterhalt ...
- 9 POLITIK - SOZIALES: Costa Rica - Ende des Mythos & Oscar Arias (poonal)
- 10 POLITIK - ERNÄHRUNG: Argentinien - Gegen den Hunger. Schlagstock oder Salat? (poonal)
- 12 EUROPOOL - POLITIK: Alles muss raus - großer Ausverkauf beim Asyl- und Menschenrecht (Pressenza)
- 13 EUROPOOL: Nicht wegschauen - Begutachtungen zu Problemen und Folgen des Sozialhilfegesetzes (Pressenza)
- 15 EUROPOOL - REDAKTION: Brexit - Krebsgang der Geschichte ...
- 17 REPRESSION - FAKTEN: Milagro Sala - "Ich bereue nichts" (Pressenza)
- 21 RELIGION: Reichskonkordat des Vatikans mit Hitlerdeutschland bis heute in der Bundesrepublik gültig (G. Feldbauer)
- 30 SPORT - BOXEN: Supermittelgewicht - aufs sportliche Altenteil ...
- 31 KINDERBLICK - GESCHICHTEN: 03-2019 Der kleine Elefant - gerettet ...
- 34 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 1. März 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 1. März 2019

+++ Vorhersage für den 01.03.2019 bis zum 02.03.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Wechselhaft freundlich,
mit Wolken und trocken,
Jean-Luc erholt sich,
grad das wird ihn locken.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.